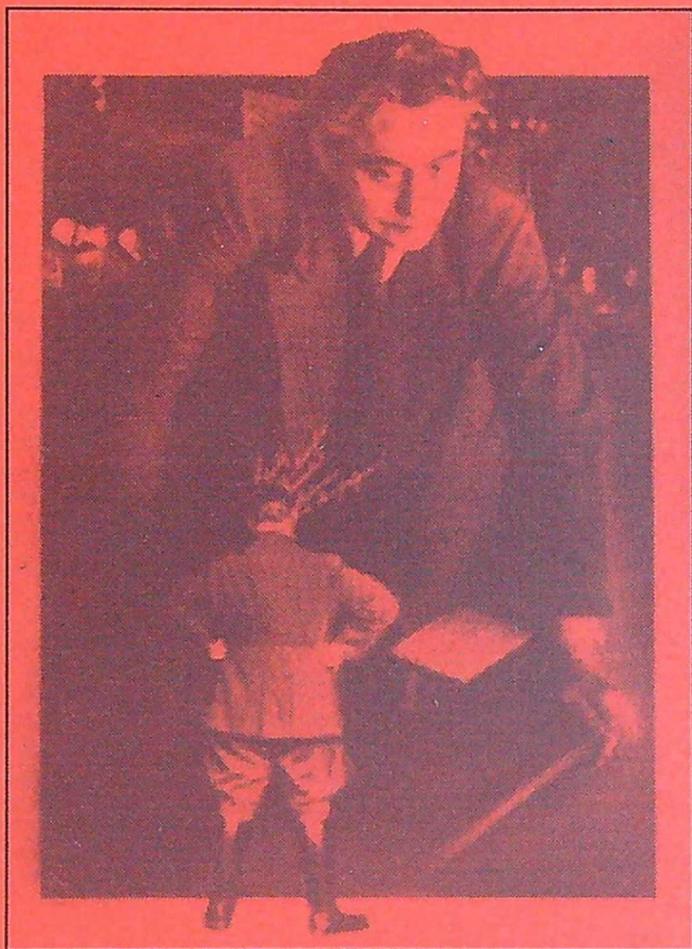


DISKURS

STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS. HEFT 8



ERNSTGERT KALBE

Streit um Georgi Dimitroff
ZUM ERSCHEINEN DER TAGEBÜCHER
GEORGI DIMITROFFS

DISKURS
**STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS**

**Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.
herausgegeben von
Klaus Kinner, Wolfgang Scheler und Ernst Wurl**

HEFT 8

ERNSTGERT KALBE
STREIT UM GEORGI DIMITROFF
**ZUM ERSCHEINEN DER TAGEBÜCHER
GEORGI DIMITROFFS**

INHALT

- Vorwort (von Klaus Kinner) (3)*
- I. Streit um die Persönlichkeit Dimitroffs.
Zwischen Antifaschismus und »Stalinismus« (5)*
- II. Georgi Dimitroff – der Held von Leipzig.
Die Wahrheit wider den Geschichtsrevisionismus
um Reichstagsbrand und Leipziger Prozeß (13)*
- III. Höhen und Tiefen der Volksfrontpolitik.
Georgi Dimitroff – Generalsekretär der Komintern (23)*
- IV. Volksdemokratie und Balkanföderation.
Georgi Dimitroff wieder in Bulgarien (31)*
- V. Volksdemokratie oder Sowjetmodell.
Wegediskussion und Kominformwende (42)*

Vorwort

Das »kurze 20. Jahrhundert«, das als »Jahrhundert der Extreme« (Hobsbawm) in die Geschichte eingehen könnte, wenn nicht – bei der Klimaentwicklung bereits absehbar – auch die gesellschaftliche Entwicklung neuen, bisher nicht gekannten Konvulsionen entgegengeht, ist reich an herausragenden Gestalten, die für dieses zerrissene Jahrhundert stehen.

Zu ihnen gehört zweifellos Georgi Dimitroff. Er steht für eine dieses Jahrhundert prägende Bewegung, den Kommunismus, die trotz ihres Scheiterns nicht als »abgeschlossenes Sammlungsgebiet« zu den Akten gelegt werden kann. Dem »übriggebliebenen« Kapitalismus ist seine Alternative abhanden gekommen. Er steht unverhüllt in seinen neuen Kleidern. Die gescheiterte Alternative gewinnt insofern – wenn nicht alle Zeichen trügen – erneut und neues Erkenntnisinteresse.

Georgi Dimitroffs Tagebücher gewähren einen Einblick in das Innenleben der kommunistischen Weltbewegung in einer Zeit, in der diese einerseits zunehmend gekennzeichnet wurde durch das repressive stalinistische Regime, das mit dem Großen Terror einem Exzeß der Gewalt und des Verrats an ihren eigenen Gründungsidealen entgegeneilte.

Andererseits wirkten diese Ideale in der kommunistischen Weltbewegung weiter. In der Gestalt Sowjetrußlands gewannen sie angesichts des triumphierenden Hitlerfaschismus in den Augen der Zeitgenossen neue Anziehungskraft als einzige antifaschistische Alternative.

In dieses Spannungsfeld stellte die Geschichte den Bulgaren Georgi Dimitroff. Durch seine glanzvolle Verteidigung im Leipziger Reichstagsbrandprozeß wie kein anderer geeignet, den kommunistischen Antifaschismus zu repräsentieren, wurde Dimitroff an die Spitze der Komintern gestellt, deren tatsächliche Steuerung seit dem Ende der zwanziger Jahre in den Händen Stalins und seiner Nomenklatura lag. In dieser Konstellation, so wissen wir Nachgeborenen, gab es für den ersten Mann der Komintern nur die Entscheidung zwischen Akzeptanz und (lebensbedrohlicher) Verweigerung. Akzeptanz schloß – wie sich alsbald zeigen sollte – nicht nur Verstrickung, sondern Mitschuld an den Verbrechen des stalinistischen Regimes ein.

Der Name Dimitroff steht jedoch auch für den Versuch, mit der Volksfrontpolitik eine Wende in der Politik der Komintern durchzusetzen. Dieser Versuch scheiterte. Die Tagebuchaufzeichnungen Georgi Dimitroffs lassen deutlich werden, daß die Politik des VII. Weltkongresses nicht gegen Stalin durchgesetzt werden mußte. Dies wäre in der damaligen Kräftekonstellation auch undenkbar gewesen. Für einen weltgeschichtlich kurzen Moment stimmten außenpolitisches Kalkül Stalins und Notwendigkeiten einer Kurskorrektur in der Komintern überein.

Ohne eine grundsätzliche Revision der programmatischen Grundlagen der Komintern, ohne Überwindung der stalinistischen Strukturen war jedoch eine dauerhafte Neuorientierung der kommunistischen Weltbewegung nicht möglich. So blieb der VII. Weltkongreß letztlich eine verlorene Wende, der jedochoauch in seinem Scheitern weiterwirkte und das strategische Denken der Kommunisten nachhaltig beeinflussen sollte.

Doch schon seit 1936 und gipfelnd im Stalinschen Verrat am Antifaschismus mit dem Nichtangriffs- und Freundschaftspakt 1939 konterkarierte und desavoierte blanke Machtpolitik das antifaschistische Grundbekenntnis der Kommunisten. Nicht wenige sind an diesem Widerspruch zerbrochen. Was so Dimitroff bewegen haben mag, den Weisungen Stalins zu folgen und den widersetzlichen Willi Münzenberg, der an der Volksfrontpolitik festhielt, aus dem Pariser Exil nach Moskau in den sicheren Tod zu locken, ist schwer nachvollziehbar. Entlastete es Dimitroff, daß dieser Versuch scheiterte? Hatte er an seinem Scheitern Anteil? Wir wissen es nicht. Das Tagebuch schweigt dazu.

In diesem Spannungsfeld agierte Georgi Dimitroff. Seine geschichtlichen Leistungen wie seine Grenzen, seine Größe wie seine Schuld und sein Scheitern sind von ihm geprägt.

Der nachfolgende Text Ernstgert Kalbes gibt kenntnisreich Auskunft über ein exemplarisches Leben. Weit über die vorliegende deutsche Ausgabe der Tagebücher Dimitroffs hinaus läßt er uns teilhaben an der Vita des Kommunisten und Internationalisten, aber auch des bulgarischen Patrioten und »südslawischen« Politikers, dessen Visionen zukunftsfähig waren.

Klaus Kinner

I.

Streit um die Persönlichkeit Dimitroffs Zwischen Antifaschismus und »Stalinismus«

Es mehren sich die Anlässe, um erneut über die Rolle des Bulgaren Georgi Dimitroff in der bulgarischen und internationalen Arbeiterbewegung sowie für den weltweiten Antifaschismus nachzudenken. Seit der selbstverschuldeten Implosion des Staatssozialismus in Europa wurde ein undifferenziertes Verdikt der selbstgerechten Sieger über alle repräsentativen Persönlichkeiten, historischen Ereignisse und politischen Aktivitäten dieses mit der kapitalistischen Welt konfrontierten Systems verhängt – und zwar ungeachtet aller Voraussetzungen, Bedingungen und Formen dieser Auseinandersetzung sowie ihrer Wirkungen auf das reale Kräfteverhältnis und die politischen Strategien und Entscheidungen der jeweiligen Akteure. Diesen Zusammenhang beschreibt der englische marxistische Historiker Eric Hobsbawm mit dem gerade heute gültigen Umkehrschluß, daß »der Untergang des einen Systems die Malaise des anderen offenbart«.

Auch das seit 1952 in Leipzig beheimatete Georgi-Dimitroff-Museum wurde nach der Wende von 1989/1990 auf den politischen Index gesetzt und eine knappe Mehrheit der Leipziger Stadträte versuchte durch die Umbenennung des nach Dimitroff benannten Platzes vor dem ehemaligen Reichsgericht im Juni 1997 sogar das Gedenken an den Sieg des »Helden von Leipzig« im Reichstagsbrandprozeß 1933 über die faschistischen Brandstifter zu tilgen, indem man Dimitroff zur stalinistischen Unperson erklärte.

Geschichte läßt sich jedoch weder einseitig vertuefeln noch ignorant verdrängen, sondern verlangt ihre differenzierte Befragung und Bewertung.

Zwei Ausgaben

Für eine möglichst wahrheitsnahe Beurteilung der Persönlichkeit Georgi Dimitroffs kommt die jetzt endlich erfolgte Veröffentlichung der Tagebücher Dimitroffs gerade recht, da es sich um persönliche Notizen des Zeitzeugen in neun Heften handelt, die Jahrzehnte verschlossen im Parteiarchiv der BKP lagen, unzugänglich selbst einem inneren Führungskreis. Freilich verfügen wir nunmehr gleich über zwei chronologisch, editorisch und sprachlich verschiedene Ausgaben der

Aufzeichnungen, die Dimitroff vom 9. März 1933 bis zum 2. Februar 1949 – teils in deutsch, teils in russisch oder bulgarisch – niedergelegt hat.

Die bulgarische Ausgabe des »Dnevnik« (Tagebuch) von Georgi Dimitroff, die 1997 im Sofioter Universitätsverlag erschien,¹ ist mit einem Vorwort des Adopivsohnes von Georgi Dimitroff, Bojko Dimitrow, sowie einer Einleitung des bekannten Historikers Iltscho Dimitrow versehen, die Anliegen und historisches Umfeld der Veröffentlichung erläutern, und umfaßt den gesamten Zeitraum der Tagebuchnotizen vom 9. März 1933 bis zur krankheitsbedingten letzten Eintragung Dimitroffs Anfang Februar 1949. Dagegen beinhaltet die deutsche Ausgabe der »Tagebücher«, die jetzt, im Jahr 2000, vom Kölner Historiker Bernhard H. Bayerlein im Aufbau-Verlag Berlin herausgegeben wurde,² lediglich den Zeitraum vom 9. März 1933 bis zum 12. Juni 1943, also von der Verhaftung Georgi Dimitroffs in Berlin bis zur Umsetzung des Beschlusses über die Auflösung der Kommunistischen Internationale (Komintern) vom 8. Juni 1943. Während die bulgarische Ausgabe also die Gesamtheit der Tätigkeit Dimitroffs vom Machtantritt des Hitlerfaschismus in Deutschland bis zum Vorabend des Todes des Verfassers reflektiert, interessiert in der deutschen Ausgabe vorrangig das kritisch reflektierte Wirken Dimitroffs in der Komintern, ein Unterschied gewiß mit konzeptionellem Hintergrund. Ob es eine Fortsetzung der deutschen Ausgabe geben wird, scheint noch nicht entschieden. Unverzeihlich aber erscheint mir die Unterlassung jedes Hinweises in der deutschen Veröffentlichung darauf, daß schon drei Jahre früher eine bulgarische Ausgabe erschien, also der Eindruck publizistischer Priorität erweckt wird, wengleich auch die deutschsprachige Ausgabe originär aus den Quellen gearbeitet ist.

1 Siehe Georgi Dimitrov: *Dnevnik (Tagebuch). 9. mart 1933 – 6. fevruari 1949. Bearbeitung, Übersetzung, Redaktion, Anmerkungen, Register: Dimitar Sirkov, Petko Boev, Nikolu Avrejski, Ekaterina Kabakčeva. Sofia 1997 (im weiteren Dnevnik ...). 794 S. (davon 594 Seiten Tagebuchtext). – Alle Übersetzungen aus dem Bulgarischen stammen vom Autor.*

2 Siehe Georgi Dimitroff: *Tagebücher 1933–1943. Hrsg. von Bernhard H. Bayerlein. Aus dem Russischen und Bulgarischen von Wladislaw Hedeler und Birgit Schlieuenz. Berlin 2000 (im weiteren Tagebücher ...). 712 S. (davon 702 Seiten Tagebuchtext). – Kommentare und Materialien zu den Tagebüchern 1933–1943. Hrsg. von Bernhard H. Bayerlein und Wladislaw Hedeler unter Mitarbeit von Birgit Schlieuenz und Maria Mutschuk (im weiteren Kommentare und Materialien zu den Tagebüchern ...). Bde. 2/1 und 2/2. Berlin 2000. 773 S.*

In der deutschen Fassung gibt es keinen wissenschaftlichen Einleitungsbeitrag, sondern in einem Beiband eher schon individuelle Betrachtungen des Herausgebers Bernhard Bayerlein unter der Überschrift »Innenansichten aus dem Stab der Weltrevolution« und den ebenso persönlichen Kommentar von Wolfgang Engler zum Thema »Einheitsfront als Ideologie«. Übersetzung und Redaktion der deutschen Ausgabe durch Wladislaw Hedeler und Birgit Schliwenz verdienen uneingeschränkten Respekt, ebenso wie die gründlich gearbeiteten umfangreichen Beigaben: Chronik, Anmerkungen und Bibliographie (erster Beiband) sowie 300 Seiten »Kurz«biographien und Register (zweiter Beiband).

Das Anliegen der bulgarischen Ausgabe verdeutlicht Bojko Dimitrow im Vorwort: »Wenn es nur von meinem Willen abhinge, hätte dieses Buch das Licht der Welt nicht erblickt. Wenn man seine Seiten aufschlägt, wird der Leser allein verstehen, warum. Selbst ein oberflächlicher Blick läßt keinen Platz für Zweifel: das Tagebuch von Georgi Dimitroff wurde nicht mit dem Gedanken an eine Veröffentlichung geführt. Die Aufzeichnungen, die mein Vater hinterlassen hat, sind nicht einfach das Register oder der Kommentar des Vollbrachten, Gesesehenen, Gehörten, Gelesenen, der Tagesereignisse. Sie stellen etwas unvergleichlich Intümeres dar: eine Art vertrauensvolles Selbstgespräch, in dem er seine geheimsten Gedanken und Gefühle mitteilt, seine Freuden und Schmerzen, seine Zweifel und Sorgen. Er offenbart sich aufrichtig und wahrhaftig, oftmals bis zum ungünstigen Bekenntnis für den Autor selbst. Mit anderen Worten, was das Dokument angeht, so ist es zum eigenen Trost geschrieben und nur zur eigenen Verwendung bestimmt, keinesfalls für fremde Augen.«

Realisiert in Würde

(Wahrlich: der Zugang sowjetischer Geheimdienste zum Dokument hätte den Tod des Autors verursachen können, denn namentlich das vermittelte Stalinbild hätte kaum Gnade gefunden!) Bojko Dimitrow begründet seinen Entschluß, die Verantwortung für eine Publikation zu übernehmen, damit, daß angesichts des gesellschaftlichen Umbruchs im Herbst 1991, der einsetzenden Welle von Enteignungen der BKP und der gesetzgeberischen Lücken über das Archivwesen in Bulgarien die Dinge entweder ihrem unkontrollierten Lauf überlassen werden mußten, oder eine Veröffentlichung zu gestatten, »realisiert in Würde und Achtung, die diesem historischen Dokument und seinem Autor gebühren«, und besorgt »von ehrenhaften Menschen

und ausgewiesenen Fachleuten, die fähig sind, strengsten Anforderungen nach wissenschaftlicher Objektivität, Gewissenhaftigkeit und Kompetenz zu entsprechen.³

In diesem Kontext charakterisiert Iltscho Dimitrow den Verfasser der Tagebücher Georgi Dimitroff als einen Menschen seiner Zeit, der sich zu einer Ideologie bekannte, »als Kämpfer im Namen eines Ideals und Verfechter einer Politik. Jedoch zwischen Ideologie, Ideal und Politik gibt es häufiger ein Auseinanderdriften als Übereinstimmung. Das bezieht sich übrigens auf alle ideellen und sozialen Bewegungen in der Geschichte.« Obwohl Georgi Dimitroff keineswegs ohne Verfehlungen war, »bleibt Dimitroff, ungeachtet seiner Widersprüchlichkeit, einer der großen Namen in unserer neuen Geschichte, der – bereinigt von einer angepaßten Apologetik wie einer nicht weniger angepaßten Anschwärzung – seiner objektiven historischen Beurteilung harrt. Der Sache nach war das eine wie das andere eine konjunkturelle Politik: sowohl die ungerechtfertigte Erhebung in den Himmel wie die nicht weniger unberechtigte Verdammung in die Hölle.«⁴

Deutsche Urteile

Deutlich anders liest sich das Gesamturteil über Dimitroff in der deutschen Ausgabe der Tagebücher. Bernhard Bayerlein meint: »Dimitroffs Tagebücher verweisen nicht mehr auf ein Jahrhundert der großen Gesänge (Albert Camus) [...] Das realistische Stalinbild, das Dimitroff zeichnet, nähert sich dem Trotzki, des schärfsten Kritikers Stalins, an. Seine Botschaft ist die der Inkompatibilität der Herrschaft Stalins nicht nur mit der Weltrevolution, sondern mit jeglicher politischer, sozialer und kultureller Emanzipation der Menschheit. Dimitroff selbst war Werkzeug und Übersetzer seines Herrn, bisweilen konnte er Ideen liefern, extreme Positionen abschleifen, seine Komintern vor (noch) Schlimmerem bewahren. Doch letztendlich demonstrieren seine Tagebücher seine Machtlosigkeit und Mitverantwortung für ein perfides Herrschaftssystem.«⁵ Forscher noch cha-

3 Bojko Dimitrov: *Käm Citatelja (An den Leser)*. In: *Dnevnik ...* S. 8f.

4 Ильо Димитров: *Георги Димитров и неговият Дневник (Georgi Dimitroff und sein Tagebuch)*. In: *Ebenda*. S. 53f.

5 Bernhard H. Bayerlein: *Georgi Dimitroffs Tagebücher – Innenansichten aus dem Stab der »Weltrevolution«*. In: *Kommentare und Materialien zu den Tagebüchern ...* Bd. 2/1. Berlin 2000. S. 18.

rakterisiert Wolfgang Engler Georgi Dimitroff als »Verräter in eigener Sache«, nämlich an der Politik der Einheitsfront – »ausgerechnet in dem Moment, als sie am dringlichsten war« – zu Beginn des Zweiten Weltkrieges. »Dimitroff war Stalins Mann an der Spitze der Komintern, aber doch nicht sein Mordkumpen. Für den ideologischen Notfall war er als Komparse vorgesehen; man konnte auf ihn zeigen, solange er nicht sprach. Nun hat er auch hierzulande seine Sprache wieder. Und was Eingeweihten längst vertraut war, erfährt nun auch der interessierte Laie: Der Mann wußte alles. Und er nahm alles hin: Säuberungen, Schauprozesse, politische Morde.«⁶

Den Autor dieser Zeilen verwundert stets aufs neue, mit welcher Selbstsicherheit nachgeborene Betrachter bei der Beurteilung vergangener Ereignisse und Personen von den jeweiligen zeithistorischen Bedingungen abheben, die der Erklärung, nicht der Rechtfertigung von Haltungen und Handlungen historischer Akteure dienen.

Vielleicht erleichtert das die Selbstfindung auf neuen Wegen, verkürzt aber zugleich den Blick auf historische Kontinuitäten wie Brüche.

Leben als Revolutionär

Die Persönlichkeit Georgi Dimitroffs, kurz nach der Abschüttelung der Osmanischen Herrschaft über Bulgarien am 18. Juni 1882 geboren, wird durch die jetzt vorliegenden Tagebücher plastisch, auch wenn prägende Lebensperioden seit seiner Kindheit und seines aktiven politischen Wirkens als proletarischer Revolutionär zu Beginn des 20. Jahrhunderts bis zum Leipziger Prozeß nicht erfaßt sind. Seine frühzeitige Gewerkschaftsarbeit, sein Wirken als ZK-Mitglied in der Bulgarischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (tesni socialisti) bzw. später der BKP, sein Antikriegskampf in den Balkankriegen 1912/1913 wie im Ersten Weltkrieg, sein begeistertes Engagement für die russische Oktoberrevolution, seine führende Rolle im umstrittenen bulgarischen Septemberaufstand 1923 und die deshalb nachfolgende, durch Todesurteil erzwungene Emigration, vorwiegend in Wien, Berlin und Moskau, lassen ihn zum Funktionär des Exekutivkomitees der Komintern reifen. Bereits die dabei gewonnenen Erfahrungen prägen jene eindeutige Grundhaltung zur Einheitsfrontpolitik gegen Imperialismus, Faschismus und Krieg aus, die er während

6 Wolfgang Engler: *Einheitsfront als Ideologie*. In: *Ebenda*. S. 20f.

des Leipziger Prozesses und später als Generalsekretär der Komintern begründet und unter wechselnden, häufig widrigen Bedingungen verlicht.

Dimitroff, der keinesfalls zu den orthodoxen Ultralinken in der Komintern gehörte, wurde schon eher des Rechtsopportunismus verdächtig. Solchen Vorwürfen, denen er durch engagierte politische Arbeit und sein unbedingtes Vertrauen in die Sowjetunion begegnete, verstummten nach seinem Sieg über die faschistischen Brandstifter auf dem Leipziger Prozeß.

Einheitsfrontpolitik

Georgi Dimitroff hatte als Leiter des Westeuropäischen Büros der Komintern von Berlin aus wesentlichen Anteil an der Vorbereitung des Amsterdamer Antikriegskongresses vom August 1932 wie auch des Antifaschistischen Arbeiterkongresses Europas vom Juni 1933 im Pleyel-Saal in Paris, der auf Einheitsfront orientierte. Im August 1933 vereinigten sich beide Bewegungen und gründeten das »Weltkomitee gegen Krieg und Faschismus« unter Vorsitz von Henri Barbusse, das seinerseits einen wichtigen Beitrag zur Entfaltung der internationalen Protestbewegung gegen den Leipziger Prozeß, für die Befreiung der angeklagten Kommunisten leistete.

Auch angesichts solcher Erfahrungen ist es nicht zufällig, daß Georgi Dimitroff auf dem Leipziger Prozeß die Linie der antifaschistischen Einheitsfrontpolitik auf den Punkt bringt: »Massenarbeit, Massenkampf, Massenwiderstand, Einheitsfront, keine Abenteuer – das ist das Alpha und Omega der kommunistischen Taktik.«

Wahrlich: es bedarf keiner wiederholten Analyse des Reichstagsbrandprozesses, um dem Urteil der Zeitgenossen zu folgen: Dimitroff war der »Held von Leipzig«, der dem Faschismus seine erste schwere Niederlage beibrachte und wesentliche Grundlagen für eine antifaschistische Einheitsfrontpolitik legte. Georgi Dimitroff verlich dem internationalen Antifaschismus politisch-moralischen Auftrieb. Unter direkter Mitwirkung Georgi Dimitroffs konnte der VII. Weltkongreß der Komintern 1935 die antifaschistische Einheits- und Volksfrontpolitik gegen linksorthodoxe Widerstände durchsetzen. Das war eine strategische Wende in der kommunistischen Weltbewegung, die freilich später – zwischen 1939 und 1941 – erneut ins Abseits gedrängt wurde, ehe sie nach dem faschistischen Überfall auf die Sowjetunion ihre Auferstehung erlebte.

Gewiß, Georgi Dimitroff war ein Kind seiner Zeit, geprägt von der kommunistischen Bewegung und ihrem damaligen Gravitationszentrum, der Sowjetunion, mit deren Existenz sich damals alle sozialistischen Hoffnungen verbanden. Die Sowjetunion wurde bedingungslos verteidigt und stalinistische Deformationen wurden, soweit überhaupt reflektiert, den Kampfbedingungen zweier konträrer Welten zugeschrieben. In der realen Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und der Sowjetunion, von der Mehrzahl der Beobachter als Inkarnation des Sozialismus verstanden, wurde die Stalinsche These von der ständigen Verschärfung des Klassenkampfes zum Dogma erhoben. Das diente der Rechtfertigung restriktiver Innenpolitik und repressiver Sicherheitspolitik, die immer stärker zu terroristischen Herrschaftsmethoden und etatistisch-bürokratischen Kommandomethoden in Gesellschaft und Wirtschaft trieben. Historisch angelegte Demokratiedefizite und systemimmanente Krankheitskeime wucherten zu metastatischen Geschwüren. Die Entartung sozialistischer Werte und Ziele bewirkten schließlich den selbstverschuldeten Systemuntergang.

Mitverantwortung

Dem moralisch-politischen Druck und den politischen Konsequenzen des »Stalinismus« unterlag auch Georgi Dimitroff, namentlich in seiner Funktion als Generalsekretär der Komintern. Wegen seiner unbedingten Treue zur Sowjetunion und angesichts seines offensichtlichen Glaubens in die Autorität Stalins, der erst spät erschüttert wurde, verstrickte sich Dimitroff in die destruktive und selbstzerstörerische Repressionspolitik des Sowjetsystems.

Es fällt auf, daß in Dimitroffs Tagebuch – von Ausnahmen abgesehen – gewöhnlich nur knappe, zurückhaltende Eintragungen zu den Repressionen und Verfolgungen der dreißiger Jahre zu finden sind, was sicher sowohl als innere Distanz wie auch als vorsichtiger Selbstschutz gedeutet werden kann. Abgesehen von wiederholt bezugten Fällen seines Einsatzes für die Freilassung mancher verhafteter Landsleute und direkter Mitarbeiter, hat Dimitroff jedenfalls keinen energischen Widerspruch gegen die Verfolgung auch ihm bekannter Kommunisten erhoben. Somit trägt er letztlich Mitverantwortung für die Repressalien gegen sowjetische und ausländische Kommunisten, darunter viele Emigranten, die in der Sowjetunion Schutz vor faschistischer Verfolgung suchten. Erneut erweist sich, daß Mannesmut

vor dem Feind leichter ist als Widerstand gegen die vermeintlich »eigenen Leute«.

In den Jahren des antifaschistischen Befreiungskrieges der Völker seit Juni 1941, in denen die zeitweilig in den Hintergrund verdrängte Volksfrontpolitik erneut politische Aktualität erlangte, nahm der Einfluß Dimitroffs vorübergehend wieder zu. Jedoch selbst nach Dimitroffs Rückkehr in seine bulgarische Heimat und als Ministerpräsident Bulgariens wurde er den Instruktionen und Kontrollen sowjetischer Organe unterworfen, die den Volksdemokratien ab 1947/1948 das Sowjetsystem überstülpten und nationale Wege zum Sozialismus abschnitten.

Gesundheitlich seit langem schwer angeschlagen, mußte Georgi Dimitroff die Zerstörung seiner Vision einer Balkanföderation hinnehmen und die Verurteilung seines engen Mitstreiters Trajtscho Kostow wegen »Titoismus« erleben. Doch davon später.

Die letzte Eintragung in sein Tagebuch stammt vom 6. Februar 1949; am 2. Juli 1949 verstarb Georgi Dimitroff.

II.

Georgi Dimitroff – der Held von Leipzig Die Wahrheit wider den Geschichtsrevisionismus um Reichstagsbrand und Leipziger Prozeß

Die Weltöffentlichkeit war sich nach dem Leipziger Reichstagsbrandprozeß weitgehend einig: Das vermeintlich »kommunistische Aufstandsfanal« der Brandstiftung im Reichstag am 27. Februar 1933 war eine faschistische Provokation zur Begründung der Notverordnung vom 28. Februar und des Ermächtigungsgesetzes vom 24. März sowie zur Manipulation der Reichstagswahlen vom 5. März 1933, zur Zerschlagung der marxistischen Arbeiter- und jeder demokratischen Bewegung, zur Beseitigung der Verfassung der Weimarer Republik und zur Stabilisierung des faschistischen Terrorregimes in Deutschland.

Der kommunistischer Sympathien unverdächtige US-amerikanische Konsul in Leipzig, Ralph C. Busser, brachte das in seinem mir vorliegenden umfanglichen Bericht vom 14. April 1934 – ein gutes Vierteljahr nach dem erzwungenen Freispruch der wegen hochverräterischer Brandstiftung inkriminierten kommunistischen Angeklagten Georgi Dimitroff, Blagoj Popoff, Wassil Taneff und Ernst Torgler im Reichstagsbrandprozeß – an das State Department in Washington auf den juristischen Nenner vom »cui bono« dieser Brandstiftung. Unter dem ironischen Titel »The Riddle of the Revolution. Political aspects of the Reichstag Fire Trial« (Das Wunder der Revolution. Politische Aspekte des Reichstagsbrandprozesses) ordnet Ralph C. Busser den Leipziger Prozeß in die Reihe der großen politischen Prozesse der Weltgeschichte ein, die nachhaltigen Einfluß auf den Gang der historischen Ereignisse nahmen. Er konstatiert, daß »der Reichstagsbrandprozeß angesichts der höchst bedeutsamen politischen Interessen und der involvierten Persönlichkeiten natürlich weltweites Interesse hervorrief und sich als ein berühmter Fall in die größten politischen und Ketzerprozesse der Geschichte einreihen wird, solchen, wie das Verfahren gegen Sokrates, das Verfahren gegen Christus vor Pilatus, die Verhandlungen gegen Jean d'Arc, Martin Luther, Galileo Galilei, Maria Stuart – Königin von Schottland, Karl I., Warren Hastings und – in neuerer Zeit – der Dreyfus-Prozeß in

Frankreich und der kürzliche Prozeß gegen die britischen Ingenieure in Sowjetrußland.«⁷

Busser merkt an, daß es für die Nationalsozialisten vor dem Reichstagsbrand kaum Aussichten auf eine Stimmenmehrheit bei den Reichstagswahlen gab, sich die politische Situation danach aber völlig veränderte. »Tatsächlich hatten die Kommunisten im Falle eines Verbrechens alles zu verlieren, was natürlich zur Unterdrückung ihrer Partei und zur Verhaftung ihrer Führer führen mußte. Auf der anderen Seite weist allein der Umstand, daß die Hitlerregierung gut darauf vorbereitet war, den Reichstagsbrand auf eben diese Weise auszunutzen und das wirklich innerhalb von 24 Stunden auch tat, sehr klar darauf hin, daß angesichts der gegebenen Situation die Nationalsozialisten das meiste durch den Brand zu gewinnen hatten.«⁸

Geschichtsrevisionismus in Sachen Reichstagsbrandstiftung

Seither wurden Dutzende von Untersuchungen angestellt, die die Verantwortung der Nazis für den Reichstagsbrand wie den nachfolgenden Reichstagsbrandprozeß in Leipzig nachweisen – und nicht nur Zeitzeugnisse des antifaschistischen Widerstands, sondern auch spätere wissenschaftliche Arbeiten von Historikern, Politologen, Kriminologen und Brandtechnikern. Ungeachtet dessen wurde seit den späten fünfziger Jahren eine Debatte über Ursachen und Täter der Reichstagsbrandstiftung vom Zaun gebrochen, die die Nazis von Schuld entlasten und mit der Behauptung von der Alleintäterschaft des in die Nähe kommunistischer Ideen gerückten Holländers Van der Lubbe unterschwellig allgemeine Verdachtsmomente gegen »die Kommunisten« schüren.

Den Auftakt zu diesem Geschichtsrevisionismus bildete 1959 eine Serie des Verfassungsschutzbeamten Fritz Tobias im »Spiegel«⁹ unter der Überschrift »Stehen Sie auf, Van der Lubbe! Der Reichstagsbrand 1933. Geschichte einer Legende«, die Tobias 1962 in Buchform wiederholte.¹⁰ Damit sollte der zuvor von Richard Wolff in der Beilage

7 *Political Report: The Riddle of the Revolution. Political Aspects of the Reichstag Fire Trial (from Ralph C. Busser). In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Bd. 3(1). Leipzig 2001. S. 262. – Aus dem Englischen übersetzt vom Autor.*

8 *Ebenda. S. 259.*

9 *Siehe: Der Spiegel, Hamburg (1959)43–52. – Siehe ebenda. Hamburg (1960)1–2.*

10 *Siehe Fritz Tobias: Der Reichstagsbrand – Legende und Wirklichkeit. Rastatt/Baden 1962.*

zur Wochenzeitung »Das Parlament« (Aus Politik und Zeitgeschichte) vom 18. Januar 1956 publizierte seriöse Forschungsbericht über den Reichstagsbrand 1933 desavouiert werden. Tobias stützte sich ausgerechnet auf solch unglaubwürdige Nazi-Zeugen wie damalige Untersuchungsbeamte und den Gestapo-Chef Rudolf Diels, der 1933 direkt Hermann Göring unterstellt und mit der Verfolgung der kommunistischen Bewegung befaßt war.

Der energische Widerspruch, der von bekannten Wissenschaftlern erhoben wurde, wie z. B. vom Politologen Karl Dietrich Bracher, vom Historiker Walther Hofer, vom Politologen Eugen Kogon, vom Historiker Golo Mann, vom Literaturwissenschaftler Hans Mayer sowie vom Historiker Friedrich Zipfel – Positionen früherer DDR-Wissenschaftler werden absichtlich nicht genannt – wurde unbedenklich in den Wind geschlagen.

Schließlich sahen sich die renommierten Münchener »Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte« zur Überprüfung der Tobias-Thesen im »Spiegel« veranlaßt. Nachdem Martin Broszat in »grundsätzlichen Erörterungen« zum »Streit um den Reichstagsbrand«¹¹ wenigstens ein »peinliches Entdeckerpathos« des »Spiegel« in Sachen Reichstagsbrand anmerkte, »weil es bestätigt, wie nachhallig der propagandistisch glänzende Einfall Hitlers gewirkt hat, die eigentliche Staatsstreichsbrandfackel (die Notverordnung vom 28. Februar 1933 mit ihren unzähligen Konsequenzen) im Schauen des weithin sichtbaren Feuers im Reichstag anzustecken«, stellte sich die spätere »Recherche« des Historikers Hans Mommsen zum »Reichstagsbrand und seinen politischen Folgen«¹² voll hinter die »Alleintäterthese« von Tobias und verlich ihr damit quasi wissenschaftliche Weihen.

Ungeachtet zwischenzeitlich vorgelegter neuer Forschungsergebnisse, z. B. des »Internationalen Komitees Luxemburg«,¹³ oder den soliden Dokumentenbänden »Der Reichstagsbrandprozeß und Georgi Dimitroff«, die die Marxismus-Institute in Berlin, Moskau und Sofia herausgaben,¹⁴ fand die »Alleintäterthese« mit ihrer die Nazis entlastenden Geschichtsfälschung und ihrer antikommunistischen Folgewirkung bis heute unkorrigierten Eingang in die bundesdeutschen Schulbücher.

11 Siehe Martin Broszat: *Zum Streit um den Reichstagsbrand. Eine grundsätzliche Erörterung.* In: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte.* München (1960)3. S. 277f.

12 Siehe *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte.* München (1964)12. S. 351ff.

13 Siehe *Der Reichstagsbrand. Eine wissenschaftliche Dokumentation.* Bde. 1 und 2. München, New York, London, Paris, Berlin 1972 und 1978. – *Der Reichstagsbrand. Die Provokation des 20. Jahrhunderts. Forschungsergebnis.* Luxemburg 1978.

14 Bde. 1 und 2. Berlin 1982 und 1989. – *Der fertige Band 3 verfiel dem Index.*

Wie Volker Külöw im »Neuen Deutschland« vom 29. Dezember 2000 über »die Mär vom Einzeltäter« belegt, stellt sich nun obendrein heraus, daß das Münchener Institut ursprünglich nicht Hans Mommsen mit der Überprüfung der »Spiegel«-Recherche beauftragte, sondern zunächst den Oberstudienrat und Historiker Hans Schneider engagiert hatte. Dessen Studie erklärte die von Tobias vorgetragene Argumentation für die Alleintäterschaft Van der Lubbes als »in der Wissenschaft ohne Beispiel«. Offenbar deshalb hielt Hans Mommsen in einer Aktennotiz für das Institut fest, daß »aus allgemeinpolitischen Gründen eine derartige Publikation unerwünscht scheint«. Hans Schneider wurde zufolge dieser Aktennotiz aus dem Projekt verdrängt, während Hans Mommsen die Recherche übernahm – mit dem bekannten frisiierten Ergebnis.

Dimitroffs Entlarvung der Brandstifter

Unmittelbar nach dem Reichstagsbrand stellte sich Ernst Torgler, der Vorsitzende der KPD-Reichstagsfraktion, zum Beweis seiner Unschuld den Polizeibehörden, während die »drei verdächtigen Ausländer« Dimitroff, Popoff und Taneff infolge einer Denunziation am 9. März 1933 in die Hände der faschistischen Inquisitoren fielen. Die Nazis behaupteten gleich nach dem Brand ohne Beweis ein »internationales kommunistisches Komplott« der »aufrührerischen Brandstiftung und des Hochverrats«.

In seiner ersten schriftlichen Erklärung an die polizeiliche Untersuchungsbehörde stellte Georgi Dimitroff fest: »Nach meiner tiefen Überzeugung kann die Inbrandsetzung des Reichstages nur das Werk verrückter Leute oder aber der ärgsten Feinde des Kommunismus sein, die durch diesen Akt eine günstige Atmosphäre für die Zertrümmerung der Arbeiterbewegung und der Kommunistischen Partei Deutschlands schaffen wollen. Ich bin aber weder verrückt noch ein Feind des Kommunismus.«

Damit gab Georgi Dimitroff schon die Linie vor, die er sowohl in der Untersuchungshaft als auch während des Reichstagsbrandprozesses zur Entlarvung der faschistischen Brandstifter und zu seiner politischen Selbstverteidigung einschlagen würde. Und er wußte, worauf er sich einlassen würde: denn am 1. April 1933 notiert er im »Tagebuch« nach der Tagespresse die Erklärung von Reichskommissar Kerl, wonach es »das Vorurteil des formalliberalistischen Rechtes ist, daß der Götze der Rechtsprechung die Objektivität sein muß

[...] Was ist denn Objektivität im Augenblick des Lebenskampfes eines Volkes? Kennt der kämpfende Soldat, kennt das ringende Heer Objektivität? [...] So ist es einmal eine Selbstverständlichkeit, daß die Justiz eines auf Tod und Leben kämpfenden Volkes nicht tote Objektivitätsanbetung betreiben kann. [...]¹⁵

Tatsächlich! Weder die Methoden der Voruntersuchung noch die Prozeßführung waren »objektiv«, vielmehr der Versuch, mit allen Mitteln – Pressionen gegen die Angeklagten, falsche Zeugenaussagen, Verwischung der wahren Spuren, Verhinderung einer unabhängigen Verteidigung, verlogene Berichterstattung, Anwendung rückwirkender Strafgesetze, antikommunistische Hysterie und brauner Terror – »Ersatztäter« anstelle der wirklich Schuldigen dingfest zu machen. Im Lichte dieser Tatsachen erscheint die oft wiederholte Behauptung von der damaligen »Unabhängigkeit« der deutschen Justiz im allgemeinen und des IV. Strafsenats des Reichsgerichts um Dr. Büniger im besonderen als bestenfalls verlogene Halbwahrheit.

Davon legen die knappen Tagebuchaufzeichnungen Dimitroffs über den Leipziger Prozeß und sein späteres Buch¹⁶ hinlänglich Zeugnis ab.

In der halbjährigen Untersuchungshaft war Dimitroff fünf Monate (5. April bis 31. August) in Handschellen gefesselt und mußte unter solchen Bedingungen lesen, schreiben, essen und seine Verteidigung vorbereiten. Alle der 23 in- und ausländischen Rechtsanwälte, die von Dimitroff oder seiner Familie als Wahlverteidiger beauftragt wurden, lehnte das Gericht ab und bestellte statt dessen den »Stahlhelmer« Dr. Teichert als Officialverteidiger, den Dimitroff als »Saboteur der Verteidigung« bezeichnete und sein Recht auf Selbstverteidigung durchsetzte.¹⁷ Nach Abschluß der Voruntersuchung und Übergabe der Anklageschrift am 3. August, die Dimitroff als »unerhörte Maché« registrierte, wurde er weiterhin mit ihm unbekanntem »Zeugen« konfrontiert. Im Verlauf des am 21. September 1933 endlich beginnenden Prozesses wurde Dimitroff mehrfach wegen »Beamtenbeleidigung« von den Verhandlungen ausgeschlossen und so seine Selbstverteidigung behindert.

15 *Tagebücher ... S. 8f.*

16 *Siehe Georgi Dimitroff: Reichstagsbrandprozeß. Dokumente, Briefe und Aufzeichnungen. Berlin 1946.*

17 *Siehe Tagebücher ... S. 40ff.*

Der Prozeß ging aus den Fugen

Dennoch ging der Prozeß am dritten Tag mit dem ersten Auftritt Dimitroffs vor Gericht aus den Fugen: »Es ist wahr, daß ich ein Bolschewik, ein proletarischer Revolutionär bin [...] Wahr ist auch, daß ich als Mitglied des ZK der bulgarischen KP und Mitglied der Exekutive der KI ein *verantwortlicher und führender Kommunist* bin [...] *Aber gerade deswegen bin ich kein terroristischer Abenteurer, kein Putschist und kein Brandstifter!*« Die Rundfunkübertragung des Prozesses wurde sofort eingestellt.

Die Prozeßführung war von Anbeginn tendenziös. Fast alle von Dimitroff beantragten Zeugen wurden abgelehnt. Dafür wurden alle denkbaren Belastungszeugen aufgeboten, die die Anklage stützen sollten: von nationalsozialistischen Abgeordneten und Ministern, Untersuchungs- und Kriminalbeamten, käuflichen Journalisten und Polizisten bis zu Psychopathen und Kriminellen. Mit den Brandsachverständigen und inhaftierten Arbeiterzeugen hatte das Gericht wenig Glück. Bekannt sind der von Dimitroff während der Verhandlungen gezeichnete »Teufelskreis«, der nach dem »Mephisto« im Zentrum der Nazi-Zeugen fragt, die Kontakte zwischen den Angeklagten behaupteten, sowie sein Zwischenruf am 31. Oktober bei der Vernichtung des Kriminellen Lebermann, daß damit der Kreis der Anklage-Zeugen geschlossen sei, »angefangen mit nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten und beendet mit einem Dieb«. ¹⁸

Der Autor muß es sich versagen, auf die entlarvenden Befragungen der Reichsminister Goebbels und Göring einzugehen, die die Mißachtung der Weimarer Verfassung durch die Nazis wie ihre willkürlichen Verhaftungen von Sozialisten und Demokraten ohne jeglichen Beweis ihrer Beteiligung an der Reichstagsbrandstiftung bloßlegten. Dimitroffs »Haben Sie Angst vor meinen Fragen?« und Görings »Warten Sie nur, bis wir Sie außerhalb der Rechtsmacht dieses Gerichtshofes haben werden!« gingen als Menetekel des Leipziger Prozesses um die Welt. Im »Tagebuch« wird das nur knapp reflektiert.

Einheitsfront gegen Faschismus

Ausführlicher dokumentierte Dimitroff seine Strategie des antifaschistischen Kampfes, der Einheitsfront, die er insbesondere bei der Ver-

nehmung der Arbeiterzeugen entwickelte. In seiner großen Schlußrede vom 16. Dezember argumentierte er, daß im Februar/März 1933 die Herstellung der Einheitsfront »keineswegs den Aufstand und dessen Vorbereitung« bedeutete, sondern »die Mobilisierung der Arbeiterklasse gegen den räuberischen Feldzug der Kapitalisten und gegen die Gewalt der Nationalsozialisten [...]«. Er brachte die politische Linie auf den Punkt: »Massenarbeit, Massenkampf, Massenwiderstand, Einheitsfront, keine Abenteuer – das ist das Alpha und Omega der kommunistischen Taktik.« Und nachdem er Goethe zitiert hatte, wonach »auf des Glückes großer Waage« die Zunge selten einstünde, man entweder »leiden oder triumphieren, Amboß oder Hammer sein« müsse, schlußfolgert Dimitroff: »Ja, *wer nicht Amboß sein will, der muß Hammer sein!* Diese Wahrheit hat die deutsche Arbeiterschaft in ihrer *Gesamtheit* weder 1918 noch 1923 noch am 20. Juli 1932 noch im Januar 1933 verstanden. Die sozialdemokratischen Führer, die Wels, Severing, Braun, Leipart und Graßmann, sind schuld daran. Jetzt werden die deutschen Arbeiter das wohl verstehen können!«¹⁹

Unter dem Gewicht der Tatsachen wie der Selbstverteidigung Dimitroffs und angesichts der internationalen Solidaritätswelle mit den unschuldig Angeklagten, mußte das Gericht am 23. Dezember die Angeklagten Dimitroff, Popoff, Taness und Torgler »mangels Beweisen« freisprechen, obwohl Dimitroff Freispruch »wegen erwiesener Unschuld« beantragt hatte.

Internationale Solidarität und Befreiung der Angeklagten

Hartnäckig wird bis in jüngste Zeit behauptet, daß Dimitroff nur deshalb eine so unerschrockene Haltung während des Leipziger Prozesses einnehmen konnte, weil er vorab um einen Deal von sowjetischem NKWD und faschistischer Gestapo gewußt habe, ihn nach dem Prozeß in die UdSSR abzuschicken. Damit wird nicht nur die Drohung Görings vor Gericht bagatellisiert und der »Held von Leipzig« herabgesetzt, sondern gemäß der »Totalitarismuskonzeption« Faschismus und Kommunismus gleichgesetzt.

Die Wahrheit sieht indessen anders aus. Tatsächlich fürchtete das faschistische Hitlerregime die Reaktion der Weltöffentlichkeit, zumal während des Leipziger Prozesses »eine Einheitsfront im Weltmaß-

¹⁹ Georgi Dimitroff: Reichstagsbrandprozeß. Dokumente, Briefe und Aufzeichnungen. Berlin 1946. S. 168 und 180.

stab entstand, obwohl formell kein Pakt abgeschlossen worden war* – wie Dimitroff feststellte. »Sowohl Kommunisten wie Sozialdemokraten, Anarchisten und Parteilose traten gemeinsam gegen den deutschen Faschismus auf. Millionen und aber Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen verfolgten Tag für Tag den Kampf in Leipzig. Millionen und aber Millionen Kleinbürger, Bauern, Intellektuelle waren auf seiten der antifaschistischen Einheitsfront [...] Der deutsche Faschismus war während dieser Zeit isoliert.«²⁰

Ungewöhnlich war bereits, daß Senatspräsident Dr. Bünger bei der Prozeßeröffnung mit einem Statement auftrat, wonach das weltweite Interesse am Prozeß den Gerichtshof nicht beeinflussen könne, sondern dieser sich lediglich nach dem Prozeßverlauf richten werde. Das war eine Reaktion auf das »Braunbuch«, ein antifaschistisches Zeitdokument in der Regie Willi Münzenbergs, von dem Arthur Koestler sagte, daß »es ins Blaue zielte und ins Schwarze traf«. Das war eine Reaktion auch auf die »Internationale Untersuchungskommission zur Aufklärung des Reichstagsbrandes« – den sogenannten Londoner Gegenprozeß – unter Vorsitz des britischen Kronanwalts D. N. Pritt, der am Vorabend des Prozesses in Leipzig ein gründlich recherchiertes Gutachten zur Reichstagsbrandstiftung veröffentlichte, wonach es *erstens* unmöglich war, daß Van der Lubbe das Feuer allein gelegt haben konnte, *zweitens* vieles dafür sprach, daß nationalsozialistische Kreise die Brandstiftung ausgeführt hatten und *drittens* die vier angeklagten Kommunisten in keinerlei direkter oder indirekter Beziehung zum Reichstagsbrand standen.²¹

Hier ist es unmöglich, über die unzähligen weltweiten Protestaktionen gegen die Nazis und die Solidaritätskundgebungen zu berichten – angefangen vom Antifaschistischen Arbeiterkongreß Europas im Juni 1933 in Paris bis hin zu den vielfältigen Aktivitäten des »Weltkomitees gegen Krieg und Faschismus«, die der Autor dieser Zeilen vor vier Jahrzehnten untersucht hat.²²

Die demokratische Weltöffentlichkeit war es, die den Freispruch der Angeklagten erzwang; die Verleihung der sowjetischen Staatsbürgerschaft am 15. Februar 1934 an die drei Bulgaren bewirkte nach

20 Georgi Dimitroff: *Für Aktionseinheit des Proletariats im Kampf gegen Faschismus und Krieg*. In: Georgi Dimitroff: *Probleme der Einheits- und Volksfront. Reden und Aufsätze*. Moskau 1938. S. 115.

21 Siehe D. N. Pritt: *Memoiren eines britischen Kronanwalts*. Berlin 1970. S. 30ff. und 40.

22 Siehe Ernstgert Kalbe: *Freiheit für Dimitroff. Der internationale Kampf gegen die provokatorische Reichstagsbrandstiftung und den Leipziger Prozeß*. Berlin 1963.

weiteren zwei Monaten »Schutzhaft« ihre Freilassung am 27. Februar 1934. Das war nicht vorbestimmt, denn noch am 4. Januar 1934 insistierte Gestapo-Chef Diels in einer interministeriellen Beratung im Auftrage Görings darauf, daß »dem Herrn Ministerpräsidenten keinesfalls zugemutet werden könne, daß ein politischer Verbrecher, der für alle Zukunft sein geschworener Feind sein müsse, in Freiheit gesetzt werde, wenn dies verhindert werden könne«. Vielmehr ginge die Absicht des preußischen Ministerpräsidenten dahin, »Dimitroff in ein Konzentrationslager zu bringen und ihn dort genauso zu behandeln, wie die anderen maßgeblichen kommunistischen Funktionäre Thälmann, Schneller usw. [...] Jedenfalls sei es eine undenkbbare Vorstellung, wenn ein Mann wie Dimitroff, der durch den Leipziger Prozeß in aller Welt bekannt geworden sei, und der aus seiner rein bolschewistischen Einstellung nie ein Hehl gemacht habe, ohne weiteres Deutschland verlassen und nun gewissermaßen einen Siegeszug durch die ganze Welt antreten könne.«²³

Die Intervention der Sowjetregierung zugunsten ihrer Staatsbürger erzwang schließlich deren »Ausweisung« in die UdSSR, genau am Jahrestag des Reichstagsbrandes.

Es geht nicht um eine undifferenzierte Glorifizierung von Dimitroffs Lebensweg, der auch eine tragische und schuldhafte Verstrickung in die Stalinsche Repressionspolitik beinhaltet, wohl aber darum, seinem antifaschistischen Kampf Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, den er während des Reichstagsbrandprozesses schon führte, als andere heute hochgeehrte Persönlichkeiten, z. B. Männer des 20. Juli 1944, noch tief in das Herrschaftssystem des Hitlerfaschismus verstrickt waren. Für Dimitroffs Kampf gegen den Faschismus sollte gleiche Fairneß gelten, nicht die Logik umgekehrter Totalitarismuskonzepte.

Vorauselender Gehorsam

Als die Leipziger Stadtratssitzung am 11. Juni 1997 in vorauselendem Gehorsam vor dem künftigen Hausherrn des Gebäudes des ehemaligen Reichsgerichts, dem Bundesverwaltungsgericht, die Umbenennung des vorgelagerten Georgi-Dimitroff-Platzes mit 32 Stimmen bei 25 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen beschloß – schon zur Wen-

²³ Niederschrift der Besprechung vom 4. Januar 1934 im Reichsinnenministerium. In: Archiv des Georgi-Dimitroff-Museums. Leipzig. Sign.-Nr. P/VI/6. Blatt 141f.

de war das Georgi-Dimitroff-Museum aus dem Gebäude exmittiert worden – bewies sie blinden Eifer bei der Eliminierung antifaschistischer Geschichtstraditionen. Das leitete Wasser auf die Mühlen des nicht zufällig auflebenden Rechtsextremismus. Ist die Tilgung des Andenkens an bekannte Antifaschisten, die Kritik am angeblich in der DDR »verordneten Antifaschismus« nicht Ermunterung für neofaschistische Kräfte, gerade auch im Osten Deutschlands?

Dennoch bleibt es dabei: Georgi Dimitroff ist der »Held von Leipzig«, der dem Antifaschismus weltweit Impulse verlieh und dem Faschismus die erste schwere politische Niederlage beibrachte!

III.

Höhen und Tiefen der Volksfrontpolitik Georgi Dimitroff – Generalsekretär der Komintern

Trotz der gewählten Überschrift möchte der Rezensent, gestützt auf beide Ausgaben, seine Betrachtungen bis Mai 1945, bis zum Sieg der Antihitlerkoalition über den Hitlerfaschismus ausdehnen, weil darin die Konsequenz der über Höhen und Tiefen verfolgten Volksfrontpolitik, quasi als Kehrseite zur Politik der kollektiven Sicherheit und Antihitlerkoalition besteht. Die historische Zäsur – auch im Leben Dimitroffs – ist der 8. Mai 1945, nicht der 8. Juni 1945!

Nach der Verleihung der sowjetischen Staatsbürgerschaft an die im Reichstagsbrandprozeß freigesprochenen Bulgaren wurden Dimitroff, Popoff und Taneff ausgewiesen und am 27. Februar 1934 per Flugzeug via Königsberg nach Moskau geflogen, wo ihnen ein grandioser Empfang bereitet wurde.

Neue Verantwortung

Bei einer Zusammenkunft mit Stalin, Molotow, Knorin und anderen am 7. April 1934 wurde Dimitroff zur leitenden Arbeit in der Komintern gedrängt. Wenig später drängte auch Dimitri S. Manuilski Georgi Dimitroff, daß man aus dem Gespräch mit Stalin Konsequenzen ziehen müsse: »Wir brauchen in der KI einen Chosjain (Hlauherrn). Die Geschichte hat Dich durch den Leipziger Prozeß in den Vordergrund gestellt. Du hast ungeheure Popularität unter den Massen. Deine Stimme hat kolossale Resonanz. Du mußt die Leitung übernehmen. Ehrenwort, ich werde Dir mit 120 Prozent in allem helfen. Du mußt die Leute auswählen und sie zusammenführen. Das wird nicht leicht gehen. Es gibt vieles umzustellen. Bei uns gibt es schreckliche Routine und Bürokratismus. Ich habe längst versucht, das zu verändern, aber mir fehlt die nötige Autorität. Du hast diese Autorität. Und wenn es auch Dir nicht gelingen sollte, dann bliebe alles wieder beim alten – und ich muß Dir sagen, dann hat es keinen Zweck, in der KI zu arbeiten [...] Notwendig ist der Kontakt mit

Stalin. Bei Dir wird das leichter sein. Er wird sich mit Dir verständigen.²⁶

In der Tat: Dimitroff fand Zugang zu Stalin. Wegen seiner unwandelbaren Ergebenheit gegenüber der Sowjetunion und angesichts seines offensichtlichen Glaubens in die Autorität Stalins, der dieses Vertrauen seinerseits lange – mit Schwankungen bis zum Kriegsende – erwiderte, betrieb Dimitroff in der Komintern eine auf die UdSSR gestützte und zugleich von ihr abhängige Politik, die er nicht als hegemoniale sowjetische Großmachtpolitik, sondern als im Interesse eines weltrevolutionären Prozesses liegend begriff. Von der kommunistischen Bewegung seiner Zeit geprägt, verteidigte Dimitroff die Sowjetunion bedingungslos als vermeintliche Inkarnation sozialistischer Hoffnungen und verdrängte dabei, soweit überhaupt reflektiert, auch stalinistische Deformationen. Tatsächlich gab es damals wohl auch zwei Wahrheiten nebeneinander: einerseits Arbeitseнтуhusiasmus und Aufschwung im Sowjetlande und andererseits eine repressive Modernisierungs- und Sicherheitspolitik, die in quasi zaristisch-etatistischer Tradition zu terroristischen Herrschafts- und bürokratischen Kommandomethoden in Gesellschaft und Wirtschaft mutierte. In diesem Kontext verstrickte sich auch Dimitroff in die destruktive und letztlich selbsterstörerische Repressionspolitik des stalinistischen Sowjetsystems.

Wende in der Kominternpolitik

Obwohl infolge der faschistischen Haß gesundheitlich schwer angeschlagen, stürzte sich Georgi Dimitroff – von vielen Krankheiten unterbrochen – engagiert in die Vorbereitung des VII. Weltkongresses der Komintern, was im Tagebuch nur spärlich dokumentiert ist. Notizen zum Jahr 1935 fehlen fast vollständig und über den VII. Weltkongreß vom 25. Juli bis 20. August 1935 gänzlich. Offenbar wurden diese Seiten – warum auch immer – aus dem Tagebuch herausgerissen. Ausgewiesen sind nur Beratungen über die Tagesordnung im April/Mai 1934, bekannt sind sein Brief samt Exposé zum Hauptreferat, das Ende Juni/Anfang Juli in der Vorbereitungskommission beraten wurde, sowie die Tagung des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI) im Dezember 1934, auf der Erfahrungen der antifaschistischen Bewegung und strategische Konsequenzen der Aktionseinheit gegen Faschismus und Krieg erörtert wurden.

Die Beschlüsse des VII. Weltkongresses zur antifaschistische Einheits- und Volksfrontpolitik, mit denen die Konsequenzen des faschistischen Machtantritts in Hitlerdeutschland gezogen und die Erfahrungen der französischen Volksfront 1934/1935, der bewaffneten Kämpfe in Österreich im Februar 1934 sowie des bewaffneten Generalstreiks im Oktober 1934 in Spanien verallgemeinert wurden, stellen eine wirkliche Wende in der Politik der Komintern dar, die gegen linksorthodoxe Auffassungen durchgesetzt werden mußte. Nicht zufällig scheint mir, daß Dimitroff im »Tagebuch« gleichsam als sein Credo des Antifaschismus immer wieder auf Jahrestage des Reichstagsbrandprozesses zurückkommt.

Gegen Faschismus und Krieg

Georgi Dimitroff definiert im November 1936 nochmals den Sinn der Volksfrontpolitik: Die Herstellung der Volksfront bedeute, wie am Beispiel Frankreichs und Spaniens ersichtlich, einen Umschwung im Kräfteverhältnis zwischen Proletariat und Werktätigen einerseits und der faschistischen Bourgeoisie andererseits: »Ebnen die Spaltung in den Reihen der Arbeiterklasse und das Fehlen der Aktionseinheit zwischen ihr und den übrigen werktätigen Volksschichten dem Faschismus den Weg zur Macht, so sichern die Einheit der proletarischen Reihen, die Bildung der Volksfront den Sieg der Demokratie über den Faschismus, schützen die Welt vor den faschistischen Kriegsbrandstiftern und ebnen letzten Endes den Weg zum Sieg der Arbeit über das Kapital.«²⁷ Deshalb betrachtete er es als »politische Kurzsichtigkeit« linker Kritiker, der Politik der Volksfront die Prinzipien des Klassenkampfes entgegenzusetzen. Wiederholte Angebote des EKKI an die Sozialistische Arbeiter-Internationale zur Aktionseinheit gegen den Faschismus scheiterten an wechselseitigen Vorbehalten, bewirkten jedoch wenigstens die Duldung von Einheitsfrontabkommen auf nationaler Ebene, so in Frankreich und Spanien.

Das »Tagebuch« gibt Einblick in vielfältige Aktivitäten zur Entwicklung der Volksfront in Europa. Es dokumentiert das Auf und Ab der Volksfront in Frankreich. Es belegt die vielfältige politische, materielle und militärische Hilfe von Komintern und Sowjetunion für die spanische Republik gegen den Franco-Putsch, macht jedoch auch deutlich, daß sich wirksame Aktionen wiederholt mit politischer Einmischung in innere Angelegenheiten verbanden.

27 Georgi Dimitroff: *Ausgewählte Schriften. Bd. 3: 1935-1948. Berlin 1958. S. 37f.*

Die eskalierende Aggressivität des Faschismus, verbunden mit einer beschämenden »Befriedungspolitik« der Westmächte gegenüber den faschistischen Achsenmächten, bewirkten die Schwächung und Niederlagen der Volksfrontpolitik seit 1938. Diese Entwicklung kulminierte in der sogenannten Sudetenkrise und dem schändlichen Münchener Abkommen vom 29. September 1938 zur Preisgabe der Tschechoslowakei, das die Politik der kollektiven Sicherheit fragwürdig machte, die Volksfront in Frankreich spaltete und die spanische Volksfront schrittweise zum Rückzug zwang. Dimitroff konstatierte am 11. Oktober 1938: »Zieht man ein vorläufiges Fazit der jüngsten Ereignisse, muß man sagen, daß die Arbeiterklasse (und das bedeutet auch die kommunistische Partei) der wichtigsten kapitalistischen Länder auch diesmal die Prüfung nicht bestanden hat. Dem Faschismus ist ein weiterer zeitweiliger Sieg gelungen, zudem ein für ihn unblutiger Sieg, der fast keine Opfer gekostet hat.«²⁸

Die Sowjetregierung leitete im Mai 1939 von M. M. Litwinow und der Ernennung W. M. Molotows zum Außenminister einen außenpolitischen Kurswechsel ein, der im Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages gipfelt.

Verstrickung in Repressionen

Der wegen der internationalen Lage ohnehin deutliche Einflußverlust der Komintern verband sich zudem mit der Eskalation der innenpolitischen Repressionspolitik Stalins, die nicht ohne Auswirkungen auf die Komintern bleiben konnte. Dimitroffs »Tagebuch« verzeichnet – von Ausnahmen abgesehen – gewöhnlich nur knappe, zumeist zurückhaltende Einträge zu den Verfolgungen und Prozessen der dreißiger Jahre, was man als innere Distanz oder vorsichtigen Selbstschutz auffassen kann. Natürlich registriert er den ersten Moskauer Schauprozeß vom August 1936 (gegen Kamenjew, Sinowjew und weitere Angeklagte) wie den zweiten vom Januar 1937 gegen das »antisowjetische trotzkistische Zentrum« (Pjatakow, Sokolnikow, Radek und andere), ebenso wie die »Jagd« auf den »Block der Rechten und Trotzkiens«, dem im März 1938 Bucharin, Rykow und viele andere zum Opfer fielen. Mit Ausnahme einer negativen Bemerkung zu Bucharin trifft Dimitroff aber keine persönlichen Wertungen. Im Gegensatz dazu gibt er breit zwei Gespräche mit Lion Feuchtwanger

und Maria Osten vom 18. Dezember 1936²⁹ und 2. Februar 1937³⁰ wieder. Im ersten Gespräch drückte Feuchtwanger sein Unverständnis darüber aus, daß »alle Angeklagten alles gestehen«, obwohl außer den Geständnissen keine Beweise vorliegen, während er beim zweiten Gespräch Spionage und Diversionsakte einräumt, jedoch nochmals konkreten Beweismangel moniert und Kritik an »unflätigen Beschimpfungen der Angeklagten« übt. Dimitroff merkt zum ersten Gespräch an, daß »die Protokolle des Prozesses nachlässig zusammengestellt, voller Widersprüche und nicht überzeugend« seien, während zum zweiten Besuch festgehalten wird, daß »in der Bevölkerung eine Atmosphäre außerordentlicher Unruhe entstanden« sei, »gegenseitiger Verdächtigungen, Denunziationen usw.«.

Wiederholt erlebt Dimitroff die Verhaftung sowjetischer und ausländischer Mitarbeiter des EKKI, Mitstreiter aus seiner engsten Umgebung, die er häufig ohne Einspruch hinnimmt. Besonders tragisch ist die Verstrickung Dimitroffs in die Auflösung der KP Polens im November 1937 und die Verfolgung ihrer ZK-Mitglieder. Andererseits bezeugt das »Tagebuch« wiederholte Fälle seines Einsatzes für verhaftete bulgarische Landsleute oder ausländische Kommunisten, darunter deutsche und jugoslawische Emigranten, was schon aus jugoslawischen Quellen bekannt ist.

Übrigens war auch die Führung der Komintern unverhüllten Drohungen ausgesetzt, so z. B. Stalins, der die Komintern beschuldigte, »dem Feind in die Hände zu arbeiten«,³¹ oder Jeshows, der »die größten Spione« in der Komintern wählte.³² Letztendlich trägt Dimitroff Mitverantwortung für Repressalien gegen sowjetische und ausländische Kommunisten, auch wenn er versuchte, das Schlimmste von der Komintern abzuwenden. Angesichts der damals herrschenden Umstände ist freilich eine Alternative schwer vorstellbar, was erneut bestätigt, daß Widerspruch gegen die eigene Partei schwerer war als Widerstand gegen den Feind.

Konträre Kriegssituationen

Nach dem Scheitern der Bündnisverhandlungen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten im Sommer 1939 unterschrieb die

29 *Siehe ebenda. S. 140.*

30 *Siehe ebenda. S. 148.*

31 *Ebenda. S. 149.*

32 *Siehe ebenda. S. 158.*

Sowjetregierung am 23. August den »deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt« und am 26. September 1939 einen »Grenz- und Freundschaftsvertrag«. War der erstgenannte Vertrag unter dem Aspekt sowjetischer Staatsraison noch erklärlich, so verletzen das zugehörige Geheimprotokoll wie der zweite Vertrag – wegen seiner territorialen Konsequenzen, namentlich der polnischen Teilung – alle völkerrechtlich gesetzten Normen.

Dieser außenpolitische Kurswechsel wurde offenbar nicht mit dem EKKI vorbereitet, wie die seltsam knappen Notizen im »Tagebuch« zum Nichtangriffspakt verraten, der faktisch die antifaschistische Volksfrontpolitik desavouierte. Nicht nur in den kommunistischen Parteien verbreitete sich Unsicherheit; es dauerte immerhin bis zum 9. September, ehe das EKKI – nach Instruktion durch Stalin – eine Direktive verabschiedete, die den am 1. September 1939 begonnenen Zweiten Weltkrieg als »imperialistischen, ungerechten Krieg zweier Gruppen kapitalistischer Länder um die Weltherrschaft« einschätzte, weshalb »die Teilung der kapitalistischen Staaten in faschistische und demokratische« jetzt »ihre frühere Bedeutung verloren« habe und die kommunistischen Parteien eine gegen den imperialistischen Krieg gerichtete Politik verfolgen müßten.³³

Dimitroff orientierte nunmehr auf eine »antimperialistische Volksfront«, auf Massenaktionen zur Beendigung des Krieges, auf Verhinderung der Einbeziehung weiterer Länder in den Krieg, gestützt auf die Sowjetunion.

Dennoch unterstützte Dimitroff den national gerechten Widerstand der vom Faschismus okkupierten oder versklavten Länder und Völker, z. B. der Tschechoslowakei und Polens oder später Frankreichs und Jugoslawiens, wie aus Dokumenten des Dimitroff-Fonds 146 im ehemaligen bulgarischen Partciarchiv hervorgeht.

Erst mit dem Überfall der faschistischen Achsenmächte am 22. Juni 1941 auf die UdSSR erlebte die antifaschistische Volksfrontstrategie ihre nachdrückliche Auferstehung, wie wir sowohl aus einer Dimitroff-Rede vor dem Sekretariat des EKKI vom gleichen Tage³⁴ wie aus seinem »Tagebuch« wissen: aktive Unterstützung des Vaterländischen Krieges der Sowjetunion; Organisierung nationaler Befreiungsbewegungen in den faschistisch besetzten Ländern; Hauptschlag gegen den Faschismus, für Demokratie und Unabhängigkeit! Die operative Leitung des EKKI wurde in die Hände von Dimitroff,

33 *Siehe ebenda.* S. 275.

34 *Siehe CP:1 Sofia. Fonds 146. Opus 2. A.E. 431. Blatt 2–4.*

Manuilski und Ercoli (Palmiro Togliatti) gelegt und konzentrierte sich auf die Unterstützung der kommunistischen Parteien bei der Schaffung nationaler antifaschistischer Fronten, auf die Entfaltung des Widerstandes und Partisanenkrieges im Hinterland des Feindes, auf antifaschistische Rundfunkpropaganda und auf die Arbeit unter kriegsgefangenen Soldaten der Achsenmächte.

Der Vorwurf der Kooperation des EKKI mit dem sowjetischen NKWD und der militärischen Abwehr geht insofern ins Leere, als Aktivitäten ausländischer Bürger unter Kriegsbedingungen in jedem Lande geheimdienstlich observiert, begleitet oder auch gefördert werden, was keine unbegründeten Verhaftungen rechtfertigt, die es freilich weiterhin zur Genüge gab.

Insgesamt sei festgestellt, daß das EKKI und Dimitroff als Person während der ersten Kriegsjahre eine ungeheuerere Arbeit bewältigten, auch als Komintern-Organe während der Schlacht um Moskau aus der Hauptstadt nach Kuibyschew und Ufa umsiedelten.

Besondere Erwähnung verdienen der engagierte Einsatz Dimitroffs für die Gründung der Polnischen Arbeiterpartei um Pawel FINDER, Marcell Novotko und Boleslaw Molojcc im Jahre 1942, seine Unterstützung der jugoslawischen Volksbefreiungsbewegung um die KP Jugoslawiens und J. B. Tito, die lange gegen zögerlichen Widerstand Stalins erfolgte, sowie die enge Zusammenarbeit mit der KPD (Wilhelm Pieck, Wilhelm Florin, Walter Ulbricht und Anton Ackermann) hinsichtlich des deutschen Radiosenders, der Arbeit unter den Kriegsgefangenen und der Gründung eines »Nationalkomitees Freies Deutschland«.

Im Umgang mit seinen Mitarbeitern war Dimitroff an kollegialer Zusammenarbeit interessiert. Als z. B. einige Abteilungsleiter ihren Mitarbeitern den direkten Zugang zu Dimitroff verbieten wollten, ordnete er an, »daß jeder Mitarbeiter des EKKI-Apparates sich direkt an den Generalsekretär wenden kann, wenn er dies im Interesse der Sache für notwendig erachtet.«⁵⁵

Auflösung der Komintern, kein Ende der Arbeit

Im Frühjahr 1943 drängte die sowjetische Führung mit Rücksicht auf Empfindlichkeiten der westlichen Alliierten, die die Komintern als Instrument sowjetischer Außenpolitik verstanden, auf die Auflösung

der Komintern. Nach mehreren Beratungen im Präsidium des EKKI wurde die Meinung der nationalen KI-Sektionen eingeholt, die dem Vorschlag sämtlich zustimmten. Mit der Begründung, daß die Leitung der nationalen Arbeiterparteien von einem Zentrum aus nicht mehr möglich sei, wurde am 8. Juni 1943 die Auflösung der Komintern beschlossen.³⁶

Zur Weiterführung der internationalen Zusammenarbeit wurde im ZK der KPdSU(B) eine Abteilung »Internationale Information« gebildet, deren nominelle Leitung anfangs bei A. S. Schtscherbakow und alsbald direkt bei Georgi Dimitroff lag.

In den beiden letzten Kriegsjahren stand für Georgi Dimitroff die Beratung der kommunistischen Parteien, vor allem der ost- und südosteuropäischen Länder bei der Entfaltung des antifaschistischen Widerstandes, der Formierung Nationaler Fronten, der Erarbeitung volksdemokratischer Programmdokumente für die Nachkriegszeit und bei der Zusammenarbeit der Parteien der Balkanländer im Vordergrund. Unüberhörbar sind seine Warnungen vor übereilten Schritten zu sozialistischen Gesellschaftsvorstellungen.

Wesentliche Aussagen sind auch zur Arbeit mit den polnischen und deutschen Kommunisten an deren politischen Nachkriegskonzeptionen enthalten. Am 17. März 1945 notiert Georgi Dimitroff Gespräche mit Stalin und Molotow zur deutschen Frage nach der Jalta-Konferenz.³⁷ Endlich am 8. März 1945 verzeichnet Dimitroff im »Tagebuch«: »In Berlin wurde der Akt der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands unterzeichnet. Der Krieg in Europa ist beendet!«³⁸

36 Siehe ebenda. S. 689–706.

37 Siehe Dnevnik ... S. 471.

38 Ebenda. S. 477.

IV. *Volksdemokratie und Balkanföderation* *Georgi Dimitroff wieder in Bulgarien*

Die Betrachtungen zu Dimitroffs »Tagebüchern« über die Jahre 1943/1945 bis 1949 stützen sich allein auf die bulgarische Ausgabe,³⁹ da die rund 270 Druckseiten seiner Aufzeichnungen nach Auflösung der Komintern im Juni 1943 bzw. gut 170 Seiten nach der Kapitulation Hitlerdeutschlands in die deutsche Ausgabe⁴⁰ nicht aufgenommen wurden.

Die historische Wendezeit nach dem Sieg der Antihitlerkoalition der Völker über den Faschismus stellt den letzten Abschnitt des ereignisreichen und widerspruchsvollen Lebens Georgi Dimitroffs dar, der zur Krönung seines Weges als unbeugsamer Antifaschist und revolutionärer Kommunist hätte führen sollen, der indes mit persönlichen Enttäuschungen und politischer Desillusionierung endete.

Bedingungen des Umbruchs

Dabei waren die Chancen für einen Weg zu antifaschistischer Demokratie und demokratischem Sozialismus günstig wie nie bisher. Die Erfahrungen antifaschistischer Volks- und nationaler Befreiungsfronten gegen die faschistischen Aggressoren in Europa, die gewachsene Autorität der siegreichen Sowjetunion und das im antifaschistischen Widerstand gestiegene Ansehen der kommunistischen Parteien, die im Krieg gewonnene Überzeugung der Völker von der notwendigen Ausrottung des Faschismus samt seiner gesellschaftlichen Wurzeln, riefen eine hoffnungsvolle Stimmung des Aufbruchs zu neuen Ufern, für eine Alternative antiimperialistischer Demokratie, nationaler Freiheit und demokratischen Sozialismus in breiten Volksschichten hervor.

Dafür hätte es eines breiten Bündnisses aller revolutionären und demokratischen Kräfte bedurft, die im Ringen um Konsens und unter Nutzung demokratischer Formen und nationaler Traditionen über antifaschistische Reformen die Gesellschaft schrittweise revolutionär

39 *Siehe Dnevnik ...*

40 *Siehe Tagebücher ...*

umgestaltet hätten. Dieses Konzept wurde jedoch durch doktrinaire Führungsansprüche der kommunistischen Parteien, sektiererischen Avantgardismus, vorschnelle Schritte sozialökonomischer Umwälzung und schließlich diktatorische Machtausübung entwertet.

Die damals breit diskutierten »nationalen Wege« oder »volksdemokratischen Wege« zum Sozialismus boten durchaus Möglichkeiten für einen revolutionär-demokratischen Umbruch der Gesellschaft, bei dem politische Irrwege und grobe gesellschaftliche Deformationen, wie sie dann eintraten, vermeidbar waren. So aber trug revolutionäre Ungeduld zum Scheitern der Revolution bei.

Bereits Rosa Luxemburg hatte die Bolschewiki gemahnt, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen, vielmehr anstelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen. Wenn aber das öffentliche demokratische Leben allmählich einschleife, bliebe allein die Bürokratie das »tätige Element« und in Wirklichkeit regierten und dirigierten ein Dutzend Parteiführer, die an und ab Versammlungen aufböten, um ihren Reden und Resolutionen zuzustimmen. »Im Grunde also eine Cliquenwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d. h. Diktatur im rein bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobinerherrschaft.«⁴¹

Freilich wirkten auch innere wie äußere Faktoren, die die demokratischen Chancen der Wendezeit nach 1945 negativ beeinflussten und letztlich zerstörten. Da ist zunächst die in der kommunistischen Bewegung verwurzelte Geringschätzung der vermeintlich »formalen Demokratie« und eine auf Macht – nicht auf reale Hegemonie – verkürzte Sicht auf »Diktatur des Proletariats«; da ist sodann das Allgemein gültigkeit beanspruchende Beispiel des sowjetischen Sozialismusmodells, das zur Nachahmung aufforderte; da sind schließlich der Zerfall der Antihitlerkoalition und die Spaltung der Nachkriegswelt in zwei antagonistische Lager, die verschärfte internationale Konfrontationen und Konflikte der sozialpolitischen Kräfte im Inneren der noch instabilen osteuropäischen Volksdemokratien auslösten und deren ohnehin gering ausgeprägten politischen Kultur schaden.

Georgi Dimitroff war ein überzeugter Anhänger der Sowjetunion, zu der er trotz aller ihm bekannten Widrigkeiten keine reale Alternative sah. Er war ein Mensch seiner Zeit, der sich zur kommunistischen Ideologie bekannte, ein Kämpfer im Namen eines sozialisti-

41 Rosa Luxemburg: *Gesammelte Werke*. Bd. 4. Berlin 1974. S. 363.

schen Ideals und einer sich darauf berufenden Politik. Jedoch gab es zwischen weltanschaulicher Ideologie, theoretischem Ideal und konkreter Politik häufiger gravierende Divergenzen als konfliktlose Übereinstimmung, wie übrigens bei allen ideellen und sozialen Bewegungen in der Geschichte, die das quasi messianistische Ziel einer besseren Welt verfolgten.

Heimkehr nach Bulgarien

Auf seinen Antrag entließ das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR Georgi Dimitroff am 21. August 1945 aus seinem Deputiertenmandat sowie aus der ihm 1934 verliehenen sowjetischen Staatsbürgerschaft, damit er bei den anstehenden Wahlen zur bulgarischen Volksversammlung für die Vaterländische Front Bulgariens kandidieren konnte.⁴² Die Vaterländische Front war noch im Krieg 1942/1943 mit seiner aktiven Mitwirkung gegründet worden und hatte nach dem Umsturz vom 9. September 1944 die Regierungsgewalt übernommen. Am 4. November 1945 kehrte Georgi Dimitroff nach zweiundzwanzigjähriger Abwesenheit nach Bulgarien zurück und hielt am 6. November im Sofioter Nationaltheater, enthusiastisch begrüßt, eine programmatische Wahlrede: »Das Volk muß sein Wort sprechen, muß es frei sprechen. Diese Wahlen müssen und werden die Grundlagen unserer bulgarischen Demokratie festigen. Das ist keine sowjetische sozialistische Demokratie, aber es ist auch nicht die falsche, verlogene Demokratie Muschanoffs (bulgarischer Ministerpräsident 1932–1934, der Dimitroff 1933 die Rückkehr verweigerte). Sie ist, sie muß und wird eine Volksdemokratie, die Demokratie der Vaterländischen Front sein [...] Und in dieser Vaterländischen Front sind die Mitglieder, Anhänger und Sympathisanten von fünf Parteien vereinigt (BAP/Kommunisten, Bauernbund, Sozialdemokratische AP, Volksbund Zveno, Radikale).

Die Parteien der Vaterländischen Front sind auf der Basis einer positiven Plattform, eines aufbauenden Programms, eines schöpferischen Werkes vereinigt. Schauen Sie aber auf die Oppositionellen: auf welcher Basis sind sie vereinigt? Wenn überhaupt von einer Vereinigung bei ihnen die Rede sein kann, so ist es die Vereinigung auf dem Boden der Zerstörung der Volkseinheit.«⁴³ Die Opposition –

⁴² Siehe *Dnevnik* ... S. 494.

⁴³ Georgi Dimitroff: *Ausgewählte Schriften. Bd. 3: 1935–1948. Berlin 1958. S. 256f.*

rechter Flügel des Bauernbundes, der Sozialdemokratie und Demokratische Partei – hatten in Erwartung westlicher Unterstützung die Fehlentscheidung getroffen, die Wahlen vom 18. November 1945 zu boykottieren. Angesichts des Wahlsieges der Vaterländischen Front, die bei einer Beteiligung von 85,5 Prozent der Wähler 88 Prozent Zustimmung erreichte, hatte sich die Opposition selbst isoliert. Auch bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung vom 27. Oktober 1946, an denen sich die Opposition nunmehr beteiligte, errangen die Parteien der Vaterländischen Front fast 70 Prozent der Stimmen, davon die BAP(K) allein 53 Prozent, während auf die Opposition 30 Prozent der Stimmen entfielen. Als Konsequenz aus diesem Kräfteverhältnis wählte die Nationalversammlung Georgi Dimitroff zum neuen Ministerpräsidenten.

Freilich sind politische Kräfteverhältnisse selten allein an Wahlergebnissen abzulesen. Während sich damals die traditionelle Russophilie der Bulgaren für die Vaterländische Front positiv auswirkte, weckten die außerordentlich harten Urteile von Volksgerichten über Träger und Anhänger des gestürzten monarchio-faschistischen Regimes, das hohe Tempo sozialökonomischer Umwälzungen im Lande und die gnadenlose Verurteilung von Oppositionspolitikern wegen »volksfeindlichen Verrats« auch Mißtrauen im städtischen und dörflichen Kleinbürgertum. Auch in Bulgarien setzte sich so eine repressive Sicherheitspolitik durch, die eine flexible Bündnispolitik verletzte.

Schließlich trugen die häufig politischen Augenblicksbedürfnissen geschuldeten und deshalb pragmatischen, mitunter widersprüchlichen Instruktionen und Kontrollen sowjetischer Berater und Organe zu politischen Unsicherheiten und Schwankungen bei. So wurde beispielsweise im Verhältnis zur Opposition – mit Rücksicht auf die jeweiligen Beziehungen der drei Großmächte – bald Entgegenkommen, bald Unnachgiebigkeit eingefordert.⁴⁴ Das betraf z. B. den Umgang mit Nikola Petkow, dem 1947 zum Tode verurteilten Führer des oppositionellen Flügels des Bauernbundes.⁴⁵ Man gewinnt den Eindruck, das Georgi Dimitroff, der sich als bulgarischer Ministerpräsident ständig um Abstimmung wichtiger politischer Schritte mit der sowjetischen Führung bemühte, häufig kleinlicher Bevormundung und Kontrollen ausgesetzt war.

Seit 1947/1948 wurden mehr und mehr die Spezifik des volksdemokratischen Übergangs zum Sozialismus abgebaut, restriktive

⁴⁴ Siehe *Dnevnik* ... S. 522–524.

⁴⁵ Siehe *ebenda*. S. 565 und 574f.

Herrschafts- und bürokratische Kommandomethoden in der Wirtschaft eingeführt und den volksdemokratischen Staaten das sowjetische Modell eines Staatssozialismus übergestülpt. Das geschah freilich unter Mitwirkung und Mitverantwortung der regierenden kommunistischen Parteien, auch Georgi Dimitroffs.

Anfang einer Balkanföderation

Die Idee der Balkanföderation wurde schon in den nationalrevolutionären Befreiungsbewegungen des 19. Jahrhunderts gegen die Fremdherrschaft des Osmanenreiches und der Habsburger Monarchie geboren und von der sozialistischen Bewegung aufgegriffen. Auch die Komintern sah in der Föderation der Balkanvölker die einzige Alternative zu nationalen Konflikten und kleinstaatlicher Zerrissenheit, die den faschistischen Achsenmächten die Okkupation und »Neuordnung« dieser Region erleichtert hatte.

Noch während des Krieges legte Georgi Dimitroff seine Vorstellungen in einem Brief an Stalin vom 16. April 1944 dar: »Die am meisten wünschenswerte Orientierung für den Balkan wie für die Sowjetunion wäre meines Erachtens die Schaffung einer Föderation der Südslawen, bestehend aus Bulgaren, Serben, Kroaten, Slowenen, Montenegrinern und Mazedoniern auf gleichberechtigter Grundlage. In dieser Föderation könnte Mazedonien seine nationale Freiheit und Staatlichkeit erhalten und würde aufhören, ein Zankapfel zwischen den Balkanstaaten zu sein.«⁴⁶ Schon vor Kriegsende gab es dazu auch zwischen Georgi Dimitroff und Josip Broz Tito wegen der Kooperation im Partisanenkrieg wie für die Nachkriegszeit ständigen Kontakt, im übrigen mit ausdrücklicher Billigung Stalins. Prinzipiell einigte man sich auf eine bulgarisch-jugoslawische Föderation vom Schwarzen bis zum Adriatischen Meer, wobei das geteilte Mazedonien vereinigt und die bulgarisch-jugoslawischen Grenzen des Friedensvertrags von Neuilly 1919 korrigiert werden sollten. Offen blieb, ob es sich um eine dualistische, eine trialistische (Bulgarien, Jugoslawien, Mazedonien) oder eine südslawische Föderation aus sieben gleichberechtigten Republiken handeln sollte.

Stalin und Dimitroff schätzten am 10. Januar 1945 die jugoslawische Vorstellung über die Einbindung Bulgariens in die Föderative Republik Jugoslawien als falsch ein, weil das eine Majorisierung Bul-

⁴⁶ *Ebenda*, S. 419.

gariens bedeute. Besser sei eine Lösung ähnlich dem früheren Österreich-Ungarn; jedenfalls sollte man mit einem Bündnisvertrag beginnen und später weitersuchen, riet Stalin zu einer pragmatischen Lösung. »Die Jugoslawen möchten auch das griechische Mazedonien haben. Sie verlangen auch Albanien und sogar Teile Ungarns und Österreichs. Das ist unvernünftig. Mir gefällt ihr Verhalten nicht.« bemerkte Stalin und fügte hinzu, daß er den griechischen ELAS-Leuten vom Austritt aus der Papandreu-Regierung und der Aufnahme des Kampfes abgeraten habe, weil sie eine Sache angefangen hätten, für die ihre Kräfte nicht reichten. Scheinbar hätten sie damit gerechnet, »daß die Rote Armee bis zum Ägäischen Meer vorstoßen würde. Das können wir nicht tun. Wir können unsere Truppen nicht auch noch nach Griechenland schicken. Die Griechen haben eine Dummheit begangen.«⁴⁷

Vertragsverhandlungen

In einem Gespräch Stalin mit Dimitroff und Tito am 12. April 1945 wurde vereinbart, daß zunächst diplomatische Beziehungen zwischen Bulgarien und Jugoslawien hergestellt, danach ein Vertrag über Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe abgeschlossen und schließlich eine gemeinsame Föderation geschaffen werden sollte, deren konkrete Gestalt später zu bestimmen wäre.⁴⁸ Dimitroff hielt es für möglich, daß die Mazedonier ihre nationale Gleichberechtigung im Rahmen des föderativen Jugoslawien erhalten könnten. »Wir müssen uns nicht fürchten zu erklären, daß unsere Partei entschieden für die Anerkennung der Mazedonier als eigenes Volk und für nationale Selbstbestimmung des mazedonischen Volkes ist«, teilte er dem ZK der BAP am 22. Februar 1945 mit.⁴⁹ Das trug ihm später von den Verfechtern des bulgarischen Volkscharakters der Mazedonier den Vorwurf des nationalen Nihilismus ein.

Bei verschiedenen Beratungen über die künftige Föderation der Südslawen 1946 drängte Stalin die Bulgaren und Jugoslawen, sowohl den Bündnisvertrag als auch den Föderationsplan erst nach Abschluß des Friedensvertrages mit Bulgarien zu realisieren.

Nach Abschluß des Friedensvertrages mit Bulgarien reiste Georgi Dimitroff vom 27. Juli bis 3. August 1947 nach Jugoslawien, um den

47 *Ebenda.* S. 460.

48 *Siehe ebenda.* S. 474.

49 *Siehe ebenda.* S. 466f.

Text des Freundschaftsvertrages abzustimmen sowie die Protokolle wichtiger Abkommen zu unterzeichnen: zum Grenzregime, zur Zollunion und zum Eisenbahnverkehr, zur Währungsparität von Dinar und Lewa, zur Wirtschaftskooperation und zur Zusammenarbeit der Sicherheitsorgane.

Die als »Vergleich von Bled« bekannten Abkommen vom 1. August 1947 bildeten zusammen mit dem beim Gegenbesuch Titos in Bulgarien am 27. November 1947 in Evksinograd unterzeichneten Freundschaftsvertrag einen bedeutenden Schritt zur unmittelbar bevorstehenden Föderation der Südslawen.⁵⁰

Der Artikel 1 des Vertragstextes lautete: »Die Hohen Vertragschließenden Parteien werden in Zukunft in jeder Hinsicht eng und vertraulich bezüglich aller Fragen, die das Schicksal ihrer Völker und ihre gegenseitigen Beziehungen betreffen, im Interesse der beiden Länder und im Geist der Verbrüderung der südslawischen Völker zusammenarbeiten.«

Nicht zufällig folgte schon am 16. Dezember der bulgarisch-albanische Bündnisvertrag. Die baldige Gründung einer bulgarisch-jugoslawischen Balkanföderation war freilich verschiedenen Hindernissen unterworfen. Gewiß konnte ein großer Balkanstaat in Widerspruch zu hegemonialen Interessen der Sowjetunion im »Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus« geraten, erst recht wenn er eine eigenständige Innen- und Außenpolitik betriebe. Mit dem sich abzeichnenden Übergang zur west-östlichen Blockbildung und zum »Kalten Krieg« zwischen den Großmächten der ehemaligen Antihitlerkoalition drängte die politische Logik zum Zusammenschluß der Partner um die jeweilige Führungsmacht wie zur Unifizierung ihrer politischen Doktrinen. Die Zuspitzung der internationalen Lage und die damit entstehende Kriegsgefahr trieben zum forcierten Übergang zur sozialistischen Umwälzung mitsamt ihren dogmatischen Nivellierungen zwischen den Volksdemokratien wie zur Kopierung der sowjetischen Erfahrungen. Wahrlich schlechte Zeiten für schöpferische und differenzierte Politik.

Im Hinblick auf eine Balkanföderation kam alles anders als gedacht. Dabei hätte eine Balkanföderation in dieser multiethnischen Region – auch unter dem Aspekt heutiger Erfahrungen – vielleicht die aktuellen nationalen Konflikte verhindern können, weil *erstens* Regelungen nationaler Autonomie über kleinstaatliche Grenzen hinaus hätten greifen können und *zweitens* es wohl niemand gewagt

50 Siehe *ebenda*, S. 553–556 und 590.

hätte, wegen komplizierter nationaler Probleme eine große Balkanmacht zu zerstören.

Nachdem Georgi Dimitroff Mitte Januar 1948 beim Staatsbesuch in Rumänien auch noch die Möglichkeit einer Erweiterung der Balkan- oder gar Donauföderation um Griechenland, Rumänien und Ungarn, evtl. auch die Tschechoslowakei und Polen ins Gespräch gebracht hatte, reagierte Moskau mit scharfer Kritik: »Wir halten es für unsere Pflicht, Ihre Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß Ihre Äußerung auf der Pressekonferenz in Rumänien zu dem Teil, der sich auf die Föderation oder Konföderation der Länder der Volksdemokratie bezieht, [...] von den Moskauer Freunden als schädlich eingeschätzt wird und den Ländern der neuen Demokratie Schaden zufügt, weil sie den Kampf der Anglo-Amerikaner gegen diese Länder erleichtert [...] Es ist schwer zu verstehen, was Sie veranlaßt haben könnte, auf einer Pressekonferenz derart übereilte und unbedachte Erklärungen abzugeben«, übermittelte Stalin an Dimitroff. Noch verteidigte Dimitroff seine in der Tat ungewöhnliche Offerte mit dem Hinweis darauf, daß eine entsprechende Mitteilung in der »Prawda« feindliche Gerüchte über Meinungsdivergenzen zwischen der bulgarischen und sowjetischen Regierung schüren könnte, obwohl »niemand in unserem Lande, am wenigsten ich« bewußt Schritte unternehmen würde, »die im Gegensatz zu Positionen der KPdSU stehen und unserer gemeinsamen Sache Schaden zufügen würden«.⁵¹

Das Ende der Balkanföderation

Zum 10. Februar 1948 wurden Georgi Dimitroff, Wasil Kolarow und Trajtscho Kostow von bulgarischer Seite sowie von jugoslawischer Seite Edvard Kardelj, Milovan Djilas und Vladimir Bakarić nach Moskau einbestellt, um mit Stalin, Molotow, Sdanow, Malenkov und Sorin die inzwischen leidige Föderationsfrage zu erörtern. Diese im »Dnevnik« erstmals ausführlich dokumentierte »Beratung«, endete nach scharfer Kritik an beiden Delegationen dennoch mit dem erstaunlichen Ergebnis, daß Jugoslawien und Bulgarien unverzüglich Maßnahmen zur beschleunigten föderativen Vereinigung ihrer Staaten treffen sollten. Zuvor aber mußten sich beide Seiten eine Strafpredigt anhören.⁵² Stalin eröffnete, daß es zwischen der Sowjetregierung

⁵¹ *Ebenda.* S. 595.

⁵² *Siehe ebenda.* S. 596–603.

einerseits und der bulgarischen und jugoslawischen Regierung andererseits ernsthafte Meinungsverschiedenheiten zu drei wesentlichen Fragen gäbe: zum bulgarisch-jugoslawischen Vertrag, zum Interview des Genossen Dimitroff über eine Balkan- oder Donauföderation und zur Verlegung von jugoslawischen Truppen nach Albanien.⁵³

Bezüglich des bulgarisch-jugoslawischen Vertrages monierte Stalin, daß dieser vor *Inkrafttreten* des Friedensvertrages und auf *ewig* geschlossen wurde, was England und Amerika Anlaß für die Verstärkung ihrer Intervention in Griechenland böte.

Hinsichtlich des Dimitroff-Interviews in Bukarest über die weitreichenden Föderations- oder Konföderationspläne der Volksdemokratien rügte Stalin die unabgestimmte Eigenmächtigkeit des von niemandem gewünschten Vorschlages, welcher der Bildung eines Westblocks Vorschub leiste. An Dimitroff gerichtet, kritisierte Stalin dessen *Verliebtheit in Interviews*: »Man darf nicht so oft Interviews geben. Sie wollen etwas Neues sagen und die ganze Welt in Erstaunen versetzen. Sie reden, als ob Sie noch Generalsekretär der Komintern wären und der kommunistischen Presse ein Interview gäben.«⁵⁴ »Dimitroff rede neuerdings dümmere als der jüngste Komsomolze« habe Stalin gesagt – so berichten jugoslawische Quellen, z. B. Titos Biograph Dedijer.

Schließlich verurteilte Stalin die jugoslawische Haltung zu Albanien, die mit dem griechischen Bürgerkrieg seit 1946 verbunden war und auch die Grenzen zu Albanien und Jugoslawien berührte: »Wie einfach lösen die jugoslawischen Genossen diese Frage! Während des Krieges haben die drei verbündeten Staaten die Unabhängigkeit Albanien verkündet und erklärt, daß sie diese Unabhängigkeit unterstützen werden. Von allen Knotenpunkten des Kampfes zwischen Reaktion und Demokratie ist der albanische Knoten unser schwächster Punkt. Albanien ist noch nicht in die UNO aufgenommen, die Engländer und Amerikaner anerkennen es nicht [...] Wenn Tito dort hin eine Division verlegt, selbst nur ein Regiment, bleibt das der Aufmerksamkeit Amerikas oder Englands nicht verborgen. Sie werden zu schreien anfangen, daß Albanien okkupiert ist. Hat etwa Albanien sich öffentlich um Hilfe an Jugoslawien gewandt?« Und bezüglich des damit verbundenen griechischen Bürger- und Partisanenkriegs richtete Stalin an Kardelj die Frage: »Falls die griechischen Partisanen geschlagen werden, wollen Sie dann einen Krieg begin-

53 *Siehe ebenda.* S. 596.

54 *Ebenda.* S. 598.

nen? [...] Falls Sie überzeugt wären, daß die Partisanen eine Siegeschance haben, wäre das eine andere Frage. Aber ich zweifle ein wenig daran.⁵⁵

Drei Föderationen sind keine Föderation

Nach Molotows Kritik an »linksradikalen Leidenschaften« erklärte Stalin drei Föderationen für möglich und natürlich: 1. Jugoslawien und Bulgarien unter Einfluß Albanien; 2. Rumänien und Ungarn; 3. Polen und Tschechoslowakei. Auf Rückfragen von Kostow und Kardelj, ob man die bulgarisch-jugoslawische Föderation denn nun beschleunigen oder verzögern solle, antwortete Stalin: »Sie sollten mit der Vereinigung der drei Länder – Jugoslawien, Bulgarien und Albanien – nicht zögern. Notwendig ist aber, daß die Nationalversammlungen Beschlüsse fassen und ihre Regierungen beauftragen, Verhandlungen über eine Vereinigung zu beginnen [...] Voreilig war es, eine Föderation zu betreiben, solange es keinen Friedensvertrag mit Bulgarien gab [...] Jetzt darf man meines Erachtens diese Frage nicht mehr verzögern – besser wäre es, sie zu beschleunigen [...] Die Föderation löst alle Fragen. Zwischen Bulgaren und Jugoslawen gibt es eine große Nähe in rassistischer Hinsicht (!) wie in der Lebensweise und jeder wird diese Vereinigung verstehen. Und auch die Albaner werden bei einer Föderation gewinnen, weil ein vereinigtes Albanien mit einer fast verdoppelten Bevölkerung entstehen würde.«⁵⁶

Nach dieser pragmatischen Antwort schien alles »bereinigt«, aber die Sache kam nicht mehr vom Fleck. Mißtrauen war bei allen Beteiligten geblieben. Dimitroff übte auf dem II. Kongreß der Vaterländischen Front im Februar 1948 – und später erneut auf dem V. Parteitag der BAP(K) im Dezember – öffentliche Selbstkritik und betonte seine Verbundenheit mit der Sowjetunion, mit der Bulgarien am 18. März 1948 den fälligen Freundschaftsvertrag schloß.

Die selbstbewußten Jugoslawen waren am 12. Januar 1948 wortlos aus Moskau abgereist und brachten seither die Föderationsgespräche. Noch im März 1948 fand eine Sitzung des ZK der KP Jugoslawiens statt, dessen Haltung in Moskau als »trotzkistisch und antisowjetisch« bewertet wurde; Anfang April 1948 zog die Sowjetunion ihre

55 *Ebenda*, S. 598.

56 *Ebenda*, S. 599.

Berater und Militärspezialisten aus Jugoslawien ab.⁵⁷ Damit begann der offene Bruch.

Zwar traf sich Georgi Dimitroff auf dem Wege nach Prag über Belgrad am 18. April nochmals im Zug mit Milovan Djilas und rief den Jugoslawen nach deren Quellen zur Standhaftigkeit – die Föderationspläne jedoch waren definitiv gestorben.

Es begann die unsägliche Auseinandersetzung mit dem »Titoismus«, die in Wirklichkeit die Anfänge der Spaltung in der kommunistischen Weltbewegung markierte.

57 Siehe ebenda. S. 608–610.

V. *Volksdemokratie oder Sowjetmodell* *Wegediskussion und Kominformwende*

Fraglos hingen die Durchsetzung der sowjetischen Hegemonialrolle im »Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus«, die eskalierende Abgrenzung vom »Titoismus« bzw. die Ausgrenzung Jugoslawiens und die Interpretation der Volksdemokratie als neue Form der »Diktatur des Proletariats«, die den »allgemeinen Gesetzmäßigkeiten« der sozialistischen Umwälzung und »gültigen Erfahrungen« der Sowjetunion folgte, eng miteinander zusammen. Dafür spielten auch die Zuspitzung der internationalen Lage, die Konfrontation zwischen den ehemaligen Partnern der Antihitlerkoalition sowie der Übergang zum »Kalten Krieg« eine Rolle. Aber innere Gründe sowjetischer Hegemonialpolitik waren wohl entscheidend. Die verbal stets beschworene Berücksichtigung »nationaler Besonderheiten« spielte in der Realität eine immer geringere Rolle. Dem Wesen der Sache nach wurde den Volksdemokratien seit 1948 zunehmend das Sowjetsystem übergestülpt. Das war nicht unvermeidlich, denn gerade die Erfahrungen der Volksfrontbewegung und des antifaschistischen Kampfes hatten Erkenntnisse über »nationale« und »demokratische« Wege zum Sozialismus reifen lassen.

Zum Beispiel analysierte Georgi Dimitroff schon in einer Sekretariatssitzung des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI) am 18. September 1936 den Charakter der spanischen Republik: »Die Spanische Demokratische Republik, für deren Sieg das Volk kämpft, wird nicht die alte demokratische Republik sein, sondern ein besonderer Staat mit einer wahren Volksdemokratie, in dem die Volksfront entscheidenden Einfluß hat [...] Theoretisch könnte man das vielleicht richtig als eine besondere Form der demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern bezeichnen.«⁵⁸

Wegediskussion

Aus der Vielzahl der am Ende des Zweiten Weltkrieges geführten Diskussionen über »nationale und demokratische Revolutionen«,

⁵⁸ *Voprosy istorii KPSS. Moskva (1969)*. S. 13.

über »nationale oder demokratische Wege« zum Sozialismus (Ackermann, Appelt, Dimitroff, Gomułka, Ibarruri, Kardelj, Lukacs, Togliatti u. a.) sei hier nur an die wohl theoretisch fundierteste Auffassung zur »Neuen Demokratie« von Georg Lukacs erinnert, der »Volksdemokratie als aus der Demokratie herauswachsenden Sozialismus« verstand, der Kontinuität zu den bürgerlich-demokratischen Rechten und Freiheiten bewahren sollte und als Übergangsprozeß eine lange Zeit beanspruchen würde.⁵⁹

Georgi Dimitroff betonte wiederholt den Zusammenhang von Antifaschismus und Volksdemokratie, von Volksdemokratie und Frieden, die sich gegenseitig bedingen.⁶⁰

Dimitroff belegt, daß selbst Stalin 1945 über die Wegeproblematik nachdachte. »Vielleicht machen wir einen Fehler, wenn wir denken, daß die sowjetische Form die einzige sei, die zum Sozialismus führt. Es hat sich in der Sache gezeigt, daß die Sowjetform die beste, aber nicht die einzige ist. Es kann auch andere Formen geben – die demokratische Republik und unter bestimmten Bedingungen sogar die konstitutionelle Monarchie.«⁶¹ Im September 1946 rät Stalin Dimitroff gar zur Bildung einer sozial breiten »Arbeitspartei« und hält einen »besonderen Weg zum Sozialismus ohne Diktatur des Proletariats« für möglich, »weil sich die Zeit seit unserer Revolution gründlich verändert hat und es nötig ist, andere Formen und Methoden anzuwenden und nicht die russischen Kommunisten nachzuahmen.«⁶² Auch wenn diese Aussagen nicht gerade von theoretischer Analyse, eher von politischem Pragmatismus zeugen, verdeutlichen sie doch die damals aktuelle Wegediskussion.

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung des V. Parteitags der BAP(K) im Dezember 1948 schrieb Dimitroff am 2. November an Stalin einen Brief mit der Bitte um Beratung einiger prinzipieller politischer Fragen und fügte ein ausführliches Exposé zu vier Themen bei: zum Charakter des volksdemokratischen Staates; zu Volksdemokratie und Sowjetregime; zu gegenwärtigen Hauptaufgaben; zum Internationalismus. Darin entwickelte Dimitroff im wesentlichen bereits die Thesen zum Wesen der Volksdemokratie, die er im Bericht an den V. Parteitag der BAP am 19. Dezember 1948 vortrug:

59 Siehe Georg Lukacs: *Gelebtes Leben*. Frankfurt am Main 1980. S. 188.

60 Siehe Georgi Dimitroff: *Ausgewählte Schriften*. Bd. 3: 1935–1948. Berlin 1958. S. 333ff.

61 *Dnevnik* ... S. 464.

62 *Ibidem*. S. 333f.

- Volksdemokratie als Herrschaft der Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse wird durch den Sieg über den Faschismus möglich;
- Volksdemokratischer Staat als Staat der Übergangsperiode ist dazu berufen, die Entwicklung auf dem Wege zum Sozialismus zu sichern, wobei ohne Errichtung eines Sowjetregimes wesentliche Funktionen der Diktatur des Proletariats ausgeübt werden;
- Volksdemokratie wird in Zusammenarbeit mit der Sowjetunion geschaffen, gehört zum ant imperialistischen »Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus« und kämpft für Internationalismus, gegen Nationalismus.⁶³

Interessant an der Diskussion vom 6. Dezember 1948 in Moskau, an der außer Stalin, Molotow und Dimitroff auch Boleslaw Bierut, Hilary Minc und Jakub Berman von der polnischen Partei teilnahmen, sind folgende Bemerkungen Stalins: »Wir glauben, daß Sie ohne Sowjetregime auskommen. Bei ihnen reicht das volksdemokratische Regime aus, um den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus zu vollziehen. Aber dieses Regime muß die Funktionen der Diktatur des Proletariats erfüllen [...] Marx und Engels hielten die demokratische Republik mit starkem Einfluß der Arbeiterklasse für die zweckmäßigste Form der Diktatur des Proletariats. Bei uns aber entstanden Sowjets, kein Parlamentarismus, Sowjets der Arbeiter-, Bauern- und Soldatendeputierten, die alle nicht werktätigen Elemente ausschlossen.«⁶⁴

Während Dimitroffs Sicht auf die »Volksdemokratie« immer an deren antifaschistische Wurzeln gebunden war, was einen demokratisch verfaßten Weg zum Sozialismus möglich gemacht hätte, betrachtete Stalin die volksdemokratische Ordnung vorrangig in ihrer Funktion als andere Form der »proletarischen Diktatur« neben dem Sowjetregime – natürlich einer »Diktatur des Proletariats« in *seinem* Verständnis. Arkadi Sobolew brachte die sowjetische Auffassung über »Volksdemokratie« später auf den Punkt, indem er sie als »neue politische Organisationsform der Gesellschaft«, als weitere »Staatsform der Diktatur des Proletariats«, als »sozialistischen Staat in der ersten Phase seiner Entwicklung« definierte,⁶⁵ womit die Vorbildrolle der Sowjetordnung letztendlich wiederum fixiert war.

63 Siehe Georgi Dimitroff: *Ausgewählte Schriften. Bd. 3: 1935–1948. Berlin 1958. S. 596–600.*

64 *Dnænik ... S. 645.*

65 Siehe Arkadi Sobolew: *Die Volksdemokratie als Form der politischen Organisation der Gesellschaft. In: Internationale Schriftenreihe. Berlin (1952) 17. S. 4 und 11f.*

Als früher selbst mit dieser Problematik befaßter Historiker, der die volksdemokratische Umwälzung als einheitlichen revolutionären Prozeß zweier Etappen, einer demokratischen und einer sozialistischen, verstehen wollte, erscheint mir der Definitionsstreit um das Wesen der Volksdemokratie heute als ein Streit um des Kaisers Bart, da in der Praxis auf die volksdemokratischen Länder seit 1947/1949 inhaltlich letzten Endes das Sowjetmodell, wenn auch in Formenvarianten, übertragen wurde.

Kominformkonflikt

Die sich nivellierende Entwicklung der Volksdemokratien hing zweifellos auch mit der disziplinierenden Rolle des im September 1947 gegründeten Informationsbüro der kommunistischen Parteien (Kominform) von neun europäischen kommunistischen und Arbeiterparteien zusammen, das deren Politik koordinieren und Erfahrungen austauschen sollte. Zu diesem Thema, das hier nicht zu erörtern ist, beinhaltet Dimitroffs »Dnevnik« ebenfalls interessantes Material, beispielsweise die Resolution des ZK der BAP vom 14. Oktober 1947 zur Gründungstagung des Kominform und dessen Einschätzung der internationalen Lage.⁶⁶ Der Konflikt zwischen der KPdSU und KP Jugoslawiens führte im Juni 1948 zur zweiten Kominformtagung in Bukarest, die die jugoslawische Partei einer ungerechtfertigten und rüden Kritik unterzog, was *erstens* zur Disziplinierung aller Parteien und *zweitens* zur schließlichen Exkommunizierung Jugoslawiens und der KP Jugoslawiens aus dem »Lager« führte. Aufschlußreich, daß Dimitroff dieser Tagung fernblieb und statt dessen Kostow und Tschervenkow nach Bukarest schickte. Freilich stimmte die bulgarische Partei den Beschlüssen des Kominform zu. Aber trotz der gerade dort beginnenden Kritik an Trajtscho Kostow wegen »antisowjetischer Tendenzen« und »Titoismus« setzte Dimitroff dessen erneute Wahl ins ZK wie ins Politbüro auf dem V. Parteitag der BKP im Dezember 1948 durch.

Georgi Dimitroff, der wegen seiner schweren Krankheit nach dem 6. Februar 1949 keine Eintragungen mehr in seinem Tagebuch machte, sich seit 7. März 1949 zur ärztlichen Behandlung im Sanatorium »Barwicha« bei Moskau befand, wurde durch den Parteiausschluß Trajtscho Kostows, seines über viele Jahre engsten Mitstreiters, im

66 Siehe *Dnevnik* ... S. 582f.

Juni 1949 und dessen anschließende Verhaftung schwer getroffen. Ganz unwahrscheinlich aber ist, daß Dimitroff im Mai 1949 dem ZK-Plenum der BKP entgegen seiner Art eine in rüdem Ton gehaltene Verurteilung Kostows übermitteln haben soll, die später – am 10. Dezember 1949 – im Sofioter »Rabotničesko delo« (Arbeitersache) erschien.

Am 2. Juli 1949 verstarb Georgi Dimitroff – noch vor dem Schauprozeß im Dezember 1949 gegen »Trajtscho Kostow und seine Gruppe«, die mit dem Todesurteil gegen Kostow endete und weitere Verfolgungen wegen »Titoismus« und »feindlicher Tätigkeit« nach sich zog.

Tragik zwischen Heroismus und Gehorsam

Der Wert der »Tagebücher« Georgi Dimitroffs für das Verständnis seiner Zeit, für die historische Forschung ist unbestritten, geben sie doch Auskunft über Inhalte wie das »Arbeitsprotokoll« einer Persönlichkeit, die in den dreißiger und vierziger Jahren die Geschicke der kommunistischen Bewegung wesentlich mitgestaltet, mitdunkämpft und auch mitdunkhliuen hat. Manches in den knappen Notizen erschließt sich dem Leser erst in Kenntnis anderer Zeitdokumente. Manch wichtige Inhalte der »Tagebücher« konnten hier nicht behandelt werden: seine Korrespondenz und Kontakte mit der KP Chinas im national-revolutionären Befreiungskrieg, seine vielfältigen Verbindungen mit der italienischen und französischen Arbeiterbewegung, nicht zuletzt seine Beratung und Hilfe für die deutsche Partei im Zusammenhang mit der Gründung und dem Wirken des »Nationalkomitees Freies Deutschland« im Kriege.

Viele Eintragungen machen auch Willkür und Pragmatismus, gleichsam zaristisch-asiatische Terrormethoden und die expansiven Großmachtambitionen der Polik Stalins deutlich, denen sich weder die Kommunistische Internationale, noch Georgi Dimitroff, noch die jungen Staaten der Volksdemokratie nach 1945 entziehen konnten.

Symptomatisch dafür ist etwa der Toast Stalins zum 20. Jahrestag der Oktoberrevolution am 7. November 1937: »Die russischen Zaren haben viel Schlechtes getan [...] Aber eine große Sache haben sie vorzuweisen: sie haben ein Reichenreich zusammengezimmert – bis nach Kamtschatka. Wir haben diesen Staat als Erbe erhalten. Und wir Bolschewiki haben diesen Staat erstmals gefestigt, zu einem einheili-

chen, unteilbaren Staat, [...] Deshalb ist jeder, der versucht, diese Einheit des sozialistischen Staates zu zerstören, der danach strebt, einzelne Teile und Nationalitäten von ihm abzutrennen, ein Feind, ein geschworener Feind des Staates, der Völker der UdSSR. Und wir werden jeden dieser Feinde vernichten, sei er auch ein alter Bolschewik, wir werden seine Sippe, seine Familie komplett vernichten [...].⁶⁷ Wie alle Anwesenden applaudierte auch Dimitroff und ließ Stalin in seinem devoten Trinkspruch hochleben.

Gleichviel hielt Dimitroff unbeirrt an fester Verbundenheit mit der Sowjetunion fest, im Bewußtsein dessen, daß damals ohne – oder gar gegen – die UdSSR eine alternative Gesellschaftsordnung zum Kapitalismus nicht vorstellbar war. Georgi Dimitroff sah sich als »Soldat der Revolution«, der zwischen Heroismus und Gehorsam agierte.

Stellt sich abschließend die Frage danach, was für ein Mensch Georgi Dimitroff war: zweifelsfrei ein Kämpfer mit politischem Charisma, mit Elastizität und Härte, mit Visionen und Überzeugungen. Aber er war auch ein emotionaler und hilfsbereiter Mensch, der seiner großen Familie und seinen vielen Freunden beistand, so er konnte. Er liebte seinen 1936 geborenen und schon 1943 an Diphtherie verstorbenen Sohn Mitja, was ihn tief traf. Er war auch ein lebensfroher Mann, der den Tod seiner ersten Frau, der serbischen Poetin Ljubavosević, 1933 im faschistischen Gefängnis betrauerte, der seiner deutschen Geliebten Any Krüger selbst aus der Haft wie aus der neuen sowjetischen Heimat heraus materiell zu helfen versuchte, der eine glückliche zweite Ehe mit der jüdisch-österreichischen Rosa Fleischmann führte und sich mit ihr gemeinsam Treusorgend um die Adoptivkinder Fanja (seit 1937) und Bojko (seit 1945) kümmerte. Aber Dimitroff war auch ein kranker Mann, den faschistischer Kerker, ein Übermaß an Arbeit in der Komintern, im Kriege und danach in Bulgarien, nicht zuletzt auch quälende Sorgen – vielleicht auch Selbstvorwürfe – wegen der Verfolgungen und Repressalien gegen Gesinnungsgenossen gesundheitlich und wohl auch moralisch zermürbt hatten.

Fazit: Ein Soldat der sozialistischen Revolution, dessen Visionen – eine sozialistische Völkergemeinschaft, eine internationalistische Balkanföderation – noch vor seinem physischen Tode starben. Die veröffentlichten Tagebücher sollten helfen, Georgi Dimitroff Gerechtigkeit

widerfahren zu lassen. Dazu könnte auch eine Fortsetzung der deutschen Ausgabe über das Jahr 1943 hinaus beitragen.⁶⁸

68 Der vorliegende Beitrag ist eine redaktionell veränderte und erweiterte Fassung der in der »Jungen Welt« veröffentlichten Rezension des Autors (siehe »Junge Welt«, Berlin vom 22. Dezember 2000, S. 10f. – »Junge Welt«, Berlin vom 19. Januar 2001, S. 10f. – »Junge Welt«, Berlin vom 1. Februar 2001, S. 10f. – »Junge Welt«, Berlin vom 15. Februar 2001, S. 10f. – »Junge Welt«, Berlin vom 16. Februar 2001, S. 10f.).